

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementpreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 611
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnement- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm s, Berlin O. 27, Andreasstr. 611, zu richten.

Inhalt.

10. Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter. — Die Gewerbeinspektionen in Sachsen. — Die Stellung der Arbeiter und der Unternehmer zu den Tarifverträgen. — Wahrheitsliebe und Streitakt der „Grüße“. — Eine Unterhaltung zwischen Vater und Sohn. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Bewegung in anderen Berufen. — Aus den Gewerkschaften. — Aus Handel und Industrie. — Aus Unternehmertreuen. — Berichte aus Sachreisen. — Verichtigung. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Quittung. — Anzeigen. — Feuilleton: Der rote Jafon. — Fachgewerbliche Rundschau.

10. Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter.

r. Berlin, 20. Juni.

Erster Verhandlungstag.

Das Parlament der Textilarbeiter konstituierte sich Montagmorgen im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses. Es waren 135 stimmberechtigte Delegierte, darunter 10 weibliche, der ganze Zentralvorstand und Ausschuß, die Redakteure und Gauleiter, die Vertreter der Preßkommission und der Revisoren anwesend. Die ausländischen Bruderorganisationen hatten die Genossen Hübner-Wien, Möller-Kopenhagen, Sangén-Stochholm, Woogsgaerd-Hollan entsandt.

Auf der Tagesordnung stand außer den Geschäftsberichten, Statutenberatungen und Wahlen die Jugendfrage, die Arbeiterinnenfrage, die Tariffrage, die Textilindustrie in der Geseßgebung, das Straßßtem und die Behandlung der Arbeiter in den Fabriken. Der Berliner Ausschuß, sowie die Delegierten der Geschäftsführer der Berliner Filiale, begrüßten alle Delegierten und die auswärtigen Gäste mit herzlichen Worten. Die Vertreter des Auslandes brachten die Grüße und Wünsche ihrer Organisationen zum Ausdruck.

Hübner-Wien schilderte, wie der Nationalitätengegenßatz in letzter Zeit einen bedauerlichen Bruderkampf in der österreichischen Textilarbeiterbewegung heraufbeschworen hat, dadurch, daß sich eine tschechische Sonderorganisation in die Einheit der Bewegung eingeschoben hat. Die vereint miteinander kämpfen sollten, zerfielen sich jetzt in den Distrikten jener Organisation in mörderischem Bruderkampf. Der deutsche Verband ist der alten österreichischen Organisation dadurch zu Hilfe gekommen, daß er die üblichen Gegenseitigkeitsverträge mit jener separatistischen Sonderorganisation abgelehnt hat. — Woogsgaerd-Hollan sagte, daß sie schon lange verlernt haben, ihren Arbeitern die englischen Organisationen als Vorbildlich anzuführen, sie weisen vielmehr als Muster moderner Kampfesorganisationen schon lange auf die deutschen Gewerkschaften hin. — Möller und Sangén feierten die internationale Solidarität, die besonders von der deutschen Arbeiterchaft bei dem Riesenkampf in Schweden hervorragend betätigt wurde.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die Leitung übernehmen der 1. und 2. Vorsitzende der Organisation, Hübsch und Bößel, als Schriftführer wurden Buch-Krefeld, Dörr-Kottbus, Drieschner-Reichenbach, Hofmann-Meerane gewählt.

Der Vorsitzende Hübsch erstattete den mündlichen Geschäftsbericht. Die abgelaufene Geschäftsperiode war keine der glücklichsten. Gleich nach der vorigen Generalversammlung setzte die gewaltige Krise ein. Neben dieser hatte der Verband aber auch mit ganz besonders schwierigen Lohnkämpfen zu tun. Aber das größte Hemmnis war der schlechte Geschäftsgang, welcher den Angriff hinderte. Der Verband war immer mehr im Vorteil, wenn er in der aggressiven Stellung sich befand, als wenn er in der Defensiven bleiben mußte. Tausende von Mitgliedern waren in den Jahren 1906/07 weniger durch klare Erkenntnis als durch die Lohnbewegungen in den Verband geschoben worden. Selbstverständlich waren diese Reulunge nicht so geschult, daß sie auch einmal Mißerfolge ertragen konnten. Die Organisation sank von 126 000 Mitgliedern bis zum größten Tiefstand von 98 000 herab; das Sinken hielt bis zum Sommer des vorigen Jahres an. Damals wurde vom Vorstand eine große allgemeine Versammlungsagitation durch das ganze Reich eingeleitet. Im Anschluß an diese Agitation hat langsam der Aufschwung wieder eingesetzt. Die damaligen Versammlungen haben allerdings nicht den gewünschten Erfolg aufzuweisen gehabt, aber sie haben immerhin reichlich 1000 Neuaufnahmen gebracht. Vor allem jedoch gaben sie den Anstoß, daß die Hausagitation intensiver als bei den vorhergegangenen Anlässen betrieben wurde, so daß bei der im Anschluß an die Versammlungen stattfindenden Hausagitation innerhalb dreier Wochen weitere 2700 Mitglieder gewonnen wurden. Heute sind wieder 112 671 Mitglieder vorhanden; es ist zu hoffen, daß in kurzer Zeit die alte Höhe wieder erreicht ist.

Der Verband hat eine gute Stütze gehabt an der Arbeitslosenversicherung. Sie hat ziemlich gehalten, was man sich von ihr versprochen hat, ohne daß sie den Verband über Gebühr belastete. Da die Arbeitslosenunterstützung eine neue Einrichtung war, stellten sich leichtverständlicherweise bei der Handhabung derselben Fälle ein, über die Meinungsverschiedenheiten sich bildeten. Redner erörterte als Beispiel solche Fälle. Wo diese Meinungsverschiedenheiten nicht zur Zufriedenheit der Filialen beigelegt wurden, habe die Generalversammlung Unklarheiten in der Auslegung des Statuts oder bei Mängeln im Statut abzuhelfen.

Im großen ganzen habe die Arbeitslosenunterstützung sich bewährt und geschäftlich gut abgewickelt. — Viel weniger gut regelte sich eine andere Neuerung: der Zentralarbeitsnachweis. Es sei vom Vorstand an Anleitungen, Aufforderungen und immer

neuen Mahnungen alles getan worden — aber es klappte nicht. Mit dem Arbeitsnachweis seien weder die Ortsverwaltungen zufrieden, noch ist es der Vorstand. Die Resultate haben weder den Wünschen noch der aufgewendeten Mühe und Arbeit entsprochen. Der Vorstand ist jetzt zu dem Entschluß gekommen, die Zentralisation des Arbeitsnachweises vorläufig fahren zu lassen, das bezügliche Material den Zahlstellen abzunehmen und es beim Ausbau der lokalen Arbeitsnachweise bewenden zu lassen.

Gleichfalls unbefriedigend sind die Resultate der Lohnstatistik, doch ist dies ein Gebiet, wo man nicht Milderungsgründe wie beim Arbeitsnachweis gelten lassen könne, wo vielmehr von den Mitgliedern größeres Verständnis und volle Pflichterfüllung verlangt werden müsse. Inbessenen könne auch bei dieser Statistik das Resultat vielleicht günstiger gestaltet werden dadurch, daß die Statistik einfacher gemacht wird, daß die Fragearten sich nicht mehr auf ein Quartal sondern auf das ganze Jahr erstrecken. Das ergäbe eine ganz erhebliche Ersparnis an Arbeit und Porto für Zentrale und Lokalverwaltungen. Es müsse dann aber darauf gedrungen werden, daß die Jahreskarte unter allen Umständen ausgefüllt wird.

Im Laufe der Geschäftsperiode hat der Vorstand auch versucht, beruflich etwas gründlicher in die Verhältnisse einzudringen. In der Zentrale wurde ein Tarifamt eingerichtet, welches nicht nur selber die Branchenverhältnisse genauer erforscht, sondern sich auch bemühte, mehr Sachkenntnis in die Arbeiter der verschiedenen Branchen selbst hineinzubringen. Für die einzelnen Industriezweige wurden Branchenkongresse einberufen, um hier in der Lohnfrage, in den Berechnungsarten usw. größere Einheitslichkeit zustande zu bringen. Es gibt keine andere Industrie, die mit so vielen verschiedenartigen technischen Dingen zu rechnen hat, als wie gerade die Textilindustrie. Aber der Verband muß trotzdem dazu kommen, bei Lohnbewegungen den Unternehmern brauchbare Vorlagen machen zu können, den Aufstellungen und Berechnungen der Unternehmer nicht unwissend gegenüber zu stehen. Branchenkongresse, Vorbedingung zu Tarifabschlüssen, sind der Zentralverwaltung auch der Textilindustrie nach der Richtung zum Abschluß von Tarifen drängen müssen. Weshalb diese Anfänge sind schon vorhanden. 12 700 Arbeiter arbeiten heute schon unter Tarifvertrag. Allerdings darf es nicht Tarifvertrag unter allen Umständen heißen. Nur wenn zugleich die allgemeinen Umstände, vor allem die Arbeitszeit, den Zeitverhältnissen angepaßt sind, werden Tarife zu begrüßen sein.

Redner ging dann auf die stattgehabten Lohnbewegungen ein. Die einschneidendste war der Wirtlerkampf im Erzgebirge. Er hat der Organisation schwere Opfer, an Unterstützung 840 000 Mk. gekostet, er habe aber im Interesse der erzgebirgischen Arbeiter wie in den der Gesamtarbeiterschaft aufgenommen werden müssen.

Unerfreuliches — von Redner näher erörtert — hat auch eine Bewegung in Medaßulm gezeitigt. — Die Periode hat jedoch auch erfreuliche Bewegungen hervorgebracht, z. B. die Bewegung der Wuppertaler Wandwergesellen. Die Unternehmer griffen als Antwort auf einen kleinen Streik zu einer Aussperrung, die sie schließlich zu ihren ungunsten aufheben mußten. Guten Erfolg zeitigte dagegen die Plauenische Stickerbewegung.

Unter den Lohnbewegungen ohne Streiks, die einen großen Rahmen einnahmen, ist die der Färber in Erfeld zu nennen. Die Bewegung lief so, daß sie immer auf des Messers Schneide stand. Aber während die vorige Generalversammlung den Erfelder Stoffwebern Vorwürfe machen mußte, müsse anerkannt werden, daß die Färber sich bei dieser Bewegung geradezu musterhaft benommen haben. Obwohl die Unternehmer die Erregung manchmal auf die Spitze trieben, durch Maßnahmen, die den Anschein erweckten, als ob sie die Bewegung verschleppen wollten, haben die Vertrauensleute und Leiter der Färber bewiesen, daß sie die Situationen richtig abzuwägen verstanden. Die Bewegung ist denn auch zu einem guten Ende gebracht worden.

Erfolge wie in der vorigen Geschäftsperiode haben unter der Wirkung der Krise natürlich nicht erzielt werden können. Der Verband erreichte nach den Ermittlungen des Vorstandes für 21 343 Personen 22 982 Mk. Lohnerhöhung, das ist pro Kopf und Woche 1,07 Mk.; er erzielte auch für 2405 Personen 8297 oder im Durchschnitt 3 1/2 Stunden wöchentliche Arbeitszeitverlängerung. Außerdem wurden für 373 Personen 129 Stunden von den Unternehmern angebotener wöchentlicher Arbeitszeitverlängerung abgewehrt; ferner für 3669 Personen 5342 Mk. angebotene wöchentliche Lohnreduzierung; das macht pro Person und Woche 1,45 Mk. Jedoch nicht abgewehrt konnte werden, daß für 4073 Personen der Lohn um 11 352 Mk. wöchentlich gekürzt wurde, das ist pro Person und Woche 2,73 Mk. An der Erfolgsskala der Bewegungen ist schon ersichtlich, daß die ganzen Verhältnisse 1909 schon viel günstiger standen. 1908 erzielten 211 Personen eine Erhöhung von wöchentlich insgesamt 2192 Mk., 109 erzielten 19 633 Personen wöchentlich 20 790 Mk. — Rednerschloß mit der überzeugenden Darlegung, daß günstigere Zeiten sich wieder bessere Erfolge in jeder Beziehung bringen werden. (Lebhafter Beifall.)

Da erstatteten der Reihe nach Kassierer, Redaktion, Preßkommission und Verbandsausschuß ihre Berichte. Wir besprachen die Finanzabteilung des Verbandes schon im Vorbericht und holen aus dem Bericht des Kassierers Sehm s nur nach, daß für reine reiner Zweck (Streik, Mahnbewegungen, Rechtsschutz, Beitrag zum internationalen Streiffonds) von der Hauptkasse ausgegeben wurden 183 305 Mk., von den Lokalkassen 50 596 Mk.; für reine Unterstüngen (Kranken-, Arbeitslosen-, Umzugs-, Sterbe-, Reise-, Hilfsunterstützung) von der Hauptkasse 889 369 Mk., von den Lokalkassen 8418 Mk., für Agitation (Zeitungssabonnements, Agitationstouren, Gauverwaltungen, alle Konferenzen, Agitationsnummern der Gleichheit, Bücher usw.) von der Hauptkasse 51 736 Mk., von den Lokalkassen 192 839 Mk., für sonstige Zwecke (Unterrichtskurse der Generalkommission, Bureau, Verwaltung, Drucksachen, Hilfsarbeiter, Prozente an die Unterassessoren) von der Hauptkasse 296 397 Mk., von den Lokalkassen 707 218 Mk. —

Redakteur Wagener führte aus, daß die Redaktion, genau wie in der vorigen Geschäftsperiode, nach dem Grundsatz verfahren habe, nicht nur die beruflichen Interessen der Textilarbeiter zu pflegen, sondern die proletarischen Klasseninteressen überhaupt. Sie hat analog diesem Grundsatz zu politischen Fragen Stellung genommen, auch wenn diese als direkt gewerkschaftliche nicht bezeichnet werden konnten. Da waren die Fragen der Kriegsrüstungen, des Wahlrechtskampfes, der Reichsversicherungsordnung u. a. Sehr ausgedehnt hat das Organ sich über die wirtschaftlichen Fragen ausgelassen. Es hat sich nicht nur über die Marktlage, sondern auch über die Kräfteverhältnisse der Unternehmer, über die Stellung der Parteien in der Geseßgebung verbreitet. — Zur Information über den Geschäftsgang in den verschiedenen Branchen und Landesteilen dient eine Monatsrevue mit eigenen Kollegen als festen Mitarbeitern. Die Revue kann zwar nicht auf Vollkommenheit Anspruch machen, sie ist aber mindestens ebenso zuverlässig, als die von den Unternehmern benutzten Ueberichten der Unternehmerfachblätter.

Eine der markantesten Fragen, die in der letzten Zeit vom Fachblatt erörtert wurde, ist die Arbeiterinnenfrage. Es ist aus bestimmter Absicht keine sogenannte Frauenrede eingerichtet worden; aber es sind im letzten Jahre soviel Artikel für Arbeiterinnen erschienen, daß sich sicher die Frauen nicht zu beklagen haben.

Eine andere wichtige Frage, die jetzt im Blatte behandelt wird, ist die Jugendfrage. Auch ihr ist, seitdem die Art der Stellungnahme zu ihr im Vorstande entschieden war, ein ziemlich breiter Raum im Fachblatt eingeräumt worden.

Eine Hauptaufgabe hat das Organ in der Pflege der Agitation erblickt. Es wöhne vor allem seinen Veröffentlichungen über die Unternehmerrgewinne ohne Zweifel ein großer agitatorischer Wert inne. — Da aber alle diese Gebiete — berufliche, politische, wirtschaftliche, soziale — einen großen Teil des Raumes des Blattes wegnahmen, so blieb nach Meinung der Redakteure für die Fragen der allgemeinen Wissenschaft und Unterhaltung etwas wenig übrig. Die nächsten nächsten sind deshalb in der Einwendung lokaler Notizen noch etwas mehr Beschränkung aufzulegen.

Zusammenstöße mit anderen Korporationen der Partei- und Gewerkschaftsbewegung habe die Redaktion zu vermeiden gesucht. Ganz habe sich das allerdings nicht bewirken lassen. Aus Anlaß der Kautsky-Umkehr-Polemik wie aus Anlaß des Comperckens Auftretens seinerzeit kam es zu einer Diskussion mit dem „Correspondenzblatt“ resp. der Generalkommission. Redner äußerte kurz nach einmal seine Meinung zu diesen Vorfällen. Zum Schluß erörterte er einige Prozeduralangelegenheiten und ersuchte die Kollegen dringend, peinlichst genau bei der Behauptung von Tatsachen in der Presse zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Die Berichte der Vorsitzenden der Preßkommission und des Ausschusses, Liebers-Berlin und Wetterlein-Cera, behandelten etliche ziemlich unwesentliche, die Öffentlichkeit nicht interessierende Beschwerdefälle.

Im Monat März dieses Jahres ließ der Ausschuß durch zwei seiner Mitglieder eine unermutete Kassenrevision vornehmen. Die Revision ergab vollständige Ordnung in der Kassenführung. Das festgestellte Kassenvermögen wurde nachgewiesen, der Barbestand vorgelegt. —

Zweiten Verhandlungstage

Am zweiten Verhandlungstage erklärte im Namen der Revisoren auch Niemeß-Berlin, Kasse und Bücher stets in bester Ordnung befunden zu haben und beantragte, dem Kassierer Decharge zu erteilen.

Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag der Mandatsprüfungskommission, das Mandat für Riesen-Düfen wegen nicht statutgerechter Vornahme der Wahl für ungültig zu erklären. Das Mandat wurde jedoch nach verschiedenen aufklärenden Bemerkungen schließlich als gültig anerkannt.

Dann setzte die Diskussion über die Tätigkeitsberichte ein; die dazu gehörigen Anträge wurden zugleich mit zur Debatte gestellt.

Kollege Schrader aus dem Zentralbureau gab eine Reihe von Vorschlägen dafür, wie die Lohnstatistik geführt werden muß, um anschaulich und wirksam zu sein. Gerade für die Textilarbeiter ist eine gutgepflegte Lohnstatistik unerlässlich. Bei ihren komplizierten Lohnverhältnissen ist es viel schwerer, bei Lohnbewegungen die gezeitigten Erfolge nachzuweisen, als in solchen Berufen, wo überwiegend nach festen Zeitlöhnen bezahlt wird oder die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festgelegt sind. Man müsse für die verschiedenen Orte und Bezirke Vergleichsziffern bekommen, die sich auf eine Reihe von Jahren erstrecken; dadurch wird es möglich, Fortschritte oder Stillstand einwandfrei nachzuweisen.

Daß die Lohnstatistik möglich und durchführbar ist, zeigen die Orte Buchholz, Burgstädt, Chemnitz, Grimmitzschau, Gemelingen, Hohenstein, Kirchberg, Landesbuth, Langenbickau, Ludenwalde, Mittweida, Neumünster, Reichenbach i. Schl. und Reichenau, die eine Beteiligung von 30 bis über 50 Prozent aufweisen. Gewiß ein schöner Erfolg für den Anfang, der in allen anderen Filialen nachgehmt werden sollte.

Die weitere Debatte zeigte, daß Differenzen tiefgehender Natur zwischen Vorstand und Mitgliedschaften sich während der Berichtszeit nicht entsponnen haben. An der Tätigkeit des Vorstandes wurden fast gar keine, wenigstens keine erheblichen Ausstellungen gemacht. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß die diesmalige Krise den Verband noch nicht so dezimiert habe, als es bei früheren Krisen der Fall gewesen sei. Ein Zeichen, daß der Organisationsgedanke festere Wurzeln geschlagen, die Mitglieder zu überzeugteren, zielbewußteren Anhängern geworden seien.

Pfaff-Rhehdorf wies darauf hin, daß es nicht nur die Krisenwirkung zu überwinden galt, sondern in den Domänen des Zentrums auch den Einfluß der christlichen Bewegung, die mit ihrer fortgesetzten Verschleppungstaktik bei Lohnbewegungen das Interesse an der Gewerkschaftsbewegung bei vielen Arbeitern vollständig abstumpft. — Was das Fachblatt anbelangt, so brachten verschiedene Kollegen zum Ausdruck, daß sie es für eines der best-

redigierten Organe in der Gewerkschaftsbewegung halten. Die Preßkommission wurde von verschiedenen Rednern als eine nach Lage der Verhältnisse überlebte und ziemlich überflüssig gewordene Einrichtung bezeichnet, die ganz gut in Wegfall kommen könne. — Die meisten Redner behandelten Fragen der inneren Verwaltung, so daß die Debatte einen überwiegend geschäftsmäßigen Charakter erhielt. Fast alle Redner waren mit dem vom Vorstand vorge schlagenen Wegfall des Zentralarbeitsnachweises und der Beschränkung auf lokale Arbeitsnachweise voll und ganz einverstanden. Grühl-Berlin machte den Vorschlag, sich mit dem Ausbau der örtlichen Arbeitsnachweise auf einer besonderen Konferenz zu beschäftigen. Fast keinen Anklang fand der Vorschlag Hübsch, die Lohnstatistikarten anstatt pro Quartal nur jedes Jahr einzufordern. Einige Delegierte schlugen vor, pro Jahr oder pro Quartal im ganzen Reich während einer bestimmten Woche eine Stichprobe zu veranstalten. Von anderer Seite wurde ausgeführt, daß alle Vorschläge auf Verringerung nicht geeignet sind, die Statistik ihren Zweck erfüllen zu lassen.

Reichelt-Chemnitz behauptete, daß die vierteljährliche Erhebung, so wie sie bisher vorgeschrieben war, durchaus durchführbar sei. Die einzelnen Orte dürften nur einige Kosten nicht scheuen, es müßten bestimmte Personen mit den Hauptarbeiten beauftragt werden, für ihre Mühelohnung entschädigt werden. — Es wurde die Einführung von Mitgliedsarten an Stelle der Mitgliedsbücher für das erste Jahr der Mitgliedschaft gefordert. — Kollegin Simon befürwortete eine Frauensektion im Fachblatt — ein Vorschlag, der sofort auf Widerspruch stieß —, Versicherung der Bezirksfasserer usw. gegen Unglücksfälle, eine entschiedene Bewegung für Einführung des Zehnstündentages in allen Textilorten Brandenburgs. — Sittig-Limbach regte stärkere Agitation unter den Heimarbeitern an. In der Monatsrezue solle der „Textilarbeiter“ den Limbacher Stoffhandelsbezirk mehr berücksichtigen. — Andere Redner erhofften eine Vertiefung der Bewegung, größere Erfolge, wenn der Vorstand den Filialen mehr mit Agitationsmaterial zur Hand gehen würde. Paul-Barmen wünschte eine allgemeine Färberkonferenz. Schagen-Cresfeld warnte davor, von Verbänden wegen besondere Bildungsabende für Jugendliche zu veranstalten. Man solle auf dem Gebiete nicht die von Partei und Gewerkschaften gemeinsam zu treffenden Arrangements gesplittet. Er befürwortete eindrucklich einen Antrag, die Druckaufträge des Verbandes, soweit es möglich ist, in Parteidruckereien herstellen zu lassen. — Eine ganze Anzahl Redner gaben Anregungen in bezug auf Ausgestaltung der Geschäftsbücher, Formulare usw.

Der zweite Vorsitzende Möffel gab noch einen kurzen Bericht über die internationalen Berufsbestrebungen während der Berichtsperiode. Die englische Organisation hat sich bereit erklärt, die gleichen Beiträge zu zahlen, beansprucht dafür aber selbstverständlich die gleichen Rechte in der internationalen Föderation. Es wurde die Herausgabe eines internationalen Handbuchs und Verbesserung der internationalen Berichte beschlossen. Ferner wurden Beschlüsse in bezug auf die Verbindung von Northrop-Stühlen und Austausch von Statistiken gefaßt.

Die Engländer haben den Tod des Königs Eduard zum Anlaß genommen, einen deplazierten Nachruf für diesen in das internationale Blatt hineinzubringen. Der Vorstand hat darauf den Engländern mitgeteilt, daß er es ablehnt, den Mitgliedern diese Nummer anzubieten und hat einen Neudruck verlangt, worin dieser Nachruf nicht enthalten ist. Wenn die deutsche Organisation auch gern mit den Engländern Hand in Hand arbeiten will, so verlangt sie doch von ihnen, daß sie die Hebung ihrer Mitglieder achten sollen. Der Vorstand hätte es für einen Frevel an der Hebung der Mitglieder gehalten, ihnen „das Ding“ anzubieten. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem 21 Redner gesprochen, wurde die Generaldebatte durch einen Schlußantrag geschlossen.

Bei der Abstimmung über die gestellten Anträge wurde beschlossen:

1. Die Preßkommission aufzulösen und ihre Befugnisse dem Ausschuss zu übertragen;
2. den Namen des Verbandes in „Deutscher Textilarbeiterverband“ umzuändern;
3. die Druckaufträge des Verbandes, soweit es möglich ist, in Parteidruckereien herstellen zu lassen;
4. die Gauleiter fest anzustellen, bei vierteljährlicher Kündigung;
5. die Gauen Thüringen und Vogtland geographisch abzuändern und nach der Neueinteilung, wenn es sich nötig macht, im Gau Thüringen-Vogtland eine Hilfskraft anzustellen;
6. die Gauen zu verpflichten, die Lokalbeamten mit beratender Stimme zu den Gaukonferenzen zuzuziehen.

Folgende Anträge wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen:

1. Das Verbandsvermögen, wenn möglich, bei der Bankabteilung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zu deponieren;

2. auf die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit in allen Brandenburger Textilorten in nächster Zeit besonders bedacht zu sein;
3. zur besseren Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern intelligente Mitglieder, welche der deutschen und böhmischen oder der deutschen und polnischen Sprache mächtig sind, zu Agitatoren heranzubilden und als Agitations-Wanderröchner zu verwenden;
4. Bildungsabende in den dazu in Bezirke eingeteilten Gauen zu veranstalten, worin neben den reinen Verbands- und Agitationsfragen sozialpolitische und Entwicklungsfragen des Berufes behandelt werden;
5. die Ortsverwaltungen zu beauftragen, Statistiken unter den Mitgliedern zu veranstalten, worin folgende Fragen berücksichtigt werden sollen:
 - a) Gehört das Mitglied außer dem Verbands noch einer sonstigen Korporation an?
 - b) Welche Zeitung wird gelesen außer dem Fachorgan?
 - c) Hat das Mitglied Familienangehörige in der Textilindustrie beschäftigt und gehören sie dem Verbands an?

Das Ergebnis dieser Umfrage soll zur Agitation Verwendung finden.

Dem Vorstande zur Erörterung überwiesen wurde ein Antrag, „Spinnerkonferenzen für ganz Deutschland einzuberufen, zwecks einheitlicher Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unter den Spinnern“.

Weitere Beschlüsse legten im Sinne der Diskussion die Richtlinien fest für den Ausbau der Lohnstatistik und der Arbeitsnachweise.

Dem Vorstande wurde einstimmig Decharge erteilt. Redakteur Krätzig sprach dann über die Schaffung einer Beobachtungs- und Informationsstelle über den Wirtschaftsmarkt.

Er beleuchtete in ausführlichster Weise die Aufgaben und die Notwendigkeit einer solchen Institution. — Wenn es nicht gelingt, jene Verhältnisse zu erforschen, welche die verschiedenen Konjunkturperioden bedingen, so wird in den meisten Fällen der günstige Zeitpunkt zu Lohnbewegungen verpaßt. In der Textilindustrie liegen die Verhältnisse komplizierter als in irgendeiner anderen Industrie. Die Bau- und Eisenindustrie sind in der Hauptsache nur vom Geldmarkt abhängig, ihre Rohstoffe können jederzeit beliebig erzeugt werden. Ganz anders die Textilindustrie. Sie ist alle Jahre in bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen wesentlich von den Witterungsverhältnissen, den Anbauflächen, die für Baumwollkultur in Angriff genommen werden, dem Gesundheitszustand der Tiere, ganz abgesehen von der Spekulation, abhängig. Außer diesen kommen noch eine ganze Anzahl weiterer Momente in Betracht — die Absatzverhältnisse an das Ausland, Mode, Witterung — die Redner nach allen Seiten erörtert. Wenn alle diese einschlägigen Verhältnisse nicht genügend überschaubar werden, können sehr leicht Bewegungen begangen werden, die unbedingt mit einem Mißsollenden enden müssen. Nur wenn die Arbeiter imstande sind, den günstigen Zeitpunkt für ihre Bewegungen zu wählen, können sie auf Erfolge bei diesen Bewegungen rechnen. Das Wissen des Verbandes auf diesem Gebiet muß unbedingt geschärft werden. Es ist eine außerordentlich wichtige und verantwortungsvolle Stellung, die es hierbei zu bekleiden gilt. Der Vorstand und die Instanzen haben sich eingehend mit der Materie beschäftigt und sind einstimmig zu dem Vorschlag gekommen, den Kollegen Jädel vom Hauptvorstand als Leiter dieser Stelle zu empfehlen. Als Leiter des Tarifamtes, dem bisher Jädel vorstand, hat die Konferenz einstimmig den Gauleiter Reichelt-Chemnitz vorgeschlagen; als zweiten Beamten des Tarifamtes schlägt sie den Kollegen Kreuzer-Berlin vor. —

Dann wurde noch beschlossen, durch Vorträge und durch Beschaffung von billigen Buchausgaben die Arbeiter und Arbeiterinnen über die Arbeiterberufshilfe und die Gewerbestatistik weitgehendst aufzuklären. Am

3. Verhandlungstage

wurde in die Beratung der Statutenanträge eingetreten. Der Nachmittag wurde einem Ausflug gewidmet.

Es sei noch die Resolution angefügt, die zu dem vom Kollegen Krätzig behandelten Thema „Informationsstelle“ angenommen wurde:

„In der Erkenntnis, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiter Deutschlands nur dann Aussicht auf Erfolg bieten, wenn sie vor Beginn der guten Konjunkturperiode geführt werden, beschließt die Generalversammlung:

Es ist im Vorstande eine Beobachtungsstelle zu schaffen, welche die Vorgänge auf dem Wirtschaftsmarkt unausgesetzt zu beobachten und die Kollegen im Bande über die Ergebnisse ihrer Arbeit ständig zu berichten hat, damit sie bei Lohnbewegungen ihre Taktik den jeweiligen Konjunkturverhältnissen gut anzupassen vermögen.

Bei der großen Wichtigkeit der Sache ist es notwendig, ein besoldetes Vorstandsmitglied mit der Lösung dieser Aufgabe zu betrauen.

Des ferneren erklärt die Generalversammlung:

Bei der wachsenden Bedeutung des Tarifwesens für die Gewerkschaften und also auch für den Textilarbeiterverband ist dieser Zweig der Gewerkschaftstätigkeit mehr als bisher zu pflegen und deshalb ein Mitarbeiter anzustellen, der dem Vorstande mit beratender Stimme anzuschließen ist.“

Vierter Verhandlungstag.

Bei der Beratung der zum Statut gestellten Anträge spielte eine ausführliche Vorlage des Zentralvorstandes zum Unterstützungswesen die Hauptrolle. Kassierer Brillwitz begründete sie in eingehender Weise. Der Vorstand habe sich bemüht, die Mängel des alten Regulativs auszumergen. Er habe in den neuen Bestimmungen darauf Bedacht genommen, daß besonders die alten Mitglieder nicht zu kurz kommen. Er ließ sich aber vor allem von dem Bemühen leiten, die Unterstützungslast nicht so schwer zu gestalten, daß dadurch der Verband behindert werde, seine wirtschaftlichen Kämpfe mit dem nötigen Nachdruck zu führen. Der Vorstand erjuchte dringend, alle Anträge abzulehnen, die den Verband noch höher belasten wollen, als die Vorlage es vorsieht.

Die Diskussion nahm über einen Tag in Anspruch. Es wurde wiederholt gegen alle weiteren Unterstützungen Front gemacht, die nicht direkten Kampfzwecken dienen. Dieselben Redner erwarnten sich aus diesem Prinzip heraus höchstens noch für den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung. Die Krankenunterstützung, die dem Verband während der letzten zwei Jahre über 700 000 Mk. kostete, sei eine Verschwendung, die gar nicht so recht in den Kreis der gewerkschaftlichen Aufgaben hineingehöre.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage des Vorstandes mit wenig Abänderungen angenommen. Ihr Wortlaut ist zu umfangreich, um sie hier zum Ausdruck zu bringen, wir können nur kurz ihre Tendenz zeichnen.

Es wird einen besseren systematischen Aufbau der verschiedenen Unterstützungen durch eine Erhöhung derselben für die höheren Beitragsklassen und eine Verlängerung der Unterstützungsperioden für die langjährigen Mitglieder bewirkt. Für die auf der Reise befindlichen Mitglieder führt sie an den einzelnen Orten Aufenthaltsgehalt ein. An Orten, wo in Textilbetrieben Differenzen bestehen, wird jedoch dieses Aufenthaltsgehalt nicht bezahlt. Für Mitglieder, welche einen eigenen Hausstand haben und wegen Streit, Maßregelung oder Betriebsdifferenzen gezwungen sind, ihren Aufenthaltsort zu verlassen, richtet sie ebenfalls eine Umzugsunterstützung, gestaffelt nach Beitragsklassen und Entfernungen, ein. Sie bestimmt, daß für alle Unterstützungen bei Rücktritt aus einer höheren in eine niedere Beitragsklasse sofort die der niederen Klasse entsprechenden Unterstützungsätze gezahlt werden.

Ein weiterer Beschluß zum Unterstützungswesen bestimmt, daß in Zukunft nicht mehr die Karenztage für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung aus lokalen Mitteln bezahlt werden dürfen. Bei der Arbeitslosenunterstützung werden nur die regelrechten Sonntage nicht als Karenztage gezahlt. Schließt sich an eine beendete Krankheit Arbeitslosigkeit an, so wird für diese in Zukunft ebenfalls Unterstützung bezahlt.

Zur Erhebung der Krankenunterstützung brauchen solche Mitglieder, welche keiner versicherungspflichtigen Klasse angehören, aber durch leichte Verletzungen usw. arbeitslos werden, keinen ärztlichen Krankenschein mehr beizubringen. In diesen Fällen hat die örtliche Verwaltung die Entscheidung. Wo sich jedoch trotzdem ein ärztliches Zeugnis notwendig macht, trägt der Verband die Gebühren dafür.

Ferner wurde bestimmt, daß auch für Streitigkeiten aus der Arbeiterberufshilfe der statutarische Rechtsschutz erteilt werden soll.

An den Beiträgen wurde keine Verringerung vorgenommen; die beantragte Erhöhung des Eintrittsgeldes wurde ebenfalls abgelehnt. Jedoch wurde statutarisch festgelegt, daß während der Unterfütterung bei Streit oder Maßregelung die Beiträge weiter bezahlt werden müssen. — Hat ein Mitglied Engagement in einer anderen Fabrik angenommen und es bricht während seiner Kündigungszeit ein Streit aus, so daß es nicht anfangen kann, so ist dasselbe mit als Streikender zu betrachten, falls es die Arbeit durch den Arbeitsnachweis zugewiesen erhalten hat.

Durch Annahme folgender Resolution soll ein neuer Antriebs für die Agitation zum Eintritt in die höheren Beitragsklassen gegeben werden:

„Bei Einführung der Staffelbeiträge wurde von der Mitgliedschaft erwartet, daß die Mitglieder der besserbezahlten Branchen freiwillig in die höheren Beitragsklassen fließen. Dieser Erwartung hat nur ein kleiner Teil entsprochen, so daß noch ein großer Teil wohl in der Lage ist, in eine höhere Beitragsklasse zu fließen.“

Da noch große, schwere Kämpfe bevorstehen, wird von den Mitgliedern der besserbezahlten Branchen erwartet, daß dieselben in ihren Branchenversammlungen Stellung nehmen und sich gegenseitig verpflichten, in die höheren Klassen zu fließen.“

Es wurde dann beschlossen, daß der Verband die gesamten Beiträge der Beamten für die Kranken- und Invalidenversicherung auf die Verbandskasse übernimmt.

Der rote Jason*).

Roman von Hall Caine. Autorisierte Uebersetzung von H. W. Herzog.

Eine nordische Sage erzählt von einem Helden, der auszog, das gefährlichste Ungeheuer im Lande zu vernichten. Er entdeckte es in seinem finsternen Versteck und begann mit ihm zu kämpfen. Unermüdt kämpfte er, bald vordringend, bald zurückweichend. Endlich, als er schon der Verzweiflung nahe war, gelang es ihm, das Scheusal niederzuwerfen und ihm das Knie auf die Brust zu setzen. Er rückt das Schwert zum Todesstreich — da fällt das Mondlicht dem Scheusal ins Gesicht und der Kämpfer blickt mit Grausen in sein eigenes Antlitz. . . .

In dieser Sorge, die den Dichter zu seinem Roman angeregt haben mag, spiegelt sich das Schicksal des Haupthelden, des „roten Jason“, wider. Hall Caine, der meisterhafte Erzähler, dessen Roman „Der verlorene Sohn“ bei den Lesern von „In Freien Stunden“ großen Anklang gefunden, schildert hier ein Leben, das voll ist von Kämpfen mit widrigen Umständen, dessen wesentlichster und erschütterndster Kampf sich aber gegen das eigene Selbst, gegen die leidenschaftlichen Instinkte eines frei aufgewachsenen Naturfindes richtet.

Nahel, die Tochter des Gouverneurs von Island, soll zu einer Ehe mit einem abgelebten Grafen gezwungen werden. Sie empört sich dagegen, sagt sich los vom Elternhaus, heiratet den jungen und starken, aber armen und trägen Seemann Stephan Orry und zieht mit ihm in eine ärmliche Hütte. Hier wird der kleine rotköpfige Jason geboren, nachdem Orry seine Frau mißhandelt und sich aus Scham davongemacht hat. Orry flüchtet auf die Insel Man in der irischen See. Er verheiratet sich dort ein zweites Mal, und Michael Sunlocks, der Stiefbruder Jasons, wird geboren. Michael kommt in das Haus des Vizegouverneurs der Insel Man und wächst in guten Verhältnissen auf, während sein Stiefbruder Jason daheim auf Island die Armut seiner Mutter teilt. Ihre Leiden und das, was er über seinen verschwundenen Vater hört, ziehen unbändige Nachgedanken in ihm groß, und als die Mutter gestorben, erfüllt ihn als einzige Lebensaufgabe das Bestreben, sie zu rächen. Sein

Zorn richtet sich zunächst gegen einen Vater, und als er diesen sterbend aufgefunden, gegen seinen Stiefbruder.

Es dauert lange, ehe die beiden, die sich gegenseitig suchen, zusammenkommen, — erst in der Strafkolonie, wohin Michael Sunlocks als politischer Verbrecher verbannt wird, treffen sie zusammen, ohne sich zu kennen.

Mit erstaunlicher Lebenswahrheit schildert Hall Caine die inneren und äußeren Kämpfe der beiden Brüder. Ungemein packend ist seine Darstellung; besonders in dem vorliegenden Roman, den seine englischen und amerikanischen Kritiker als seinen feinsten bezeichnen, verbindet sich reiche Handlung mit tiefgründiger Seelenschilderung. Eine starke Phantasie ermöglicht dem Dichter, den Kreis des Dargestellten von Kapill zu Kapitel zu erweitern, immer neue, anregende Situationen zu schaffen, immer wieder neue, trefflich gezeichnete Menschen aufzutreten zu lassen.

Man hat Caine den „britischen Mosegger“ genannt; er gleicht dem steirischen Volksdichter in dem tiefen sittlichen Ernst, mit dem er alle Probleme behandelt. Hervorzuheben ist auch die eindrucksvolle Art, wie Natur und Naturereignisse veranschaulicht werden. Wir sehen sie beim Leuten deutlich vor Augen: die kleine grüne Insel Man — die Heimat des Autors — und Island, das labalüberdeckte, öde Eiland mit den parmen, springenden Quellen und der politisch regen Bevölkerung, in inmitten einer düster-grandiosen Natur ihren Gerichtstag abhält.

Caine ist ein Dichter, und o schmelzen die verschiedenen Elemente seines Werkes zu organischer Einheit zusammen. Er verknüpft das Einzelne mit dem Allgemeinen und läßt uns aus dem persönlichen einen Blick in das politische Leben tun. Wir erleben einen Teil der Kämpfe um die Unabhängigkeit Islands, das sich immer wieder und wieder bemüht, die Oberhoheit Dänemarks abzuwerfen.

Alles in allem: Hall Caine unterhält den Leser nicht nur in spannendster Weise, sondern erweicht ihn auch, indem er ihm neue Kenntnisse von Welt und Menschen vermittelt.

Fachgewerbliche Rundschau.

Was geht in der Textilindustrie vor?

Ueber die Lage der Textilindustrie in Sachsen-Thüringen bringt die „Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie“ eine Betrachtung, in der u. a. gesagt wird, daß man in Spinnerkreisen zu berechtigter Optimismus gestimmt sei, wenn auch ver-

schiedene Webereifirmen weniger flott als sonst beschäftigt sind. Dann heißt es weiter: „Andere dagegen haben auch normale Betriebsfähigkeit zu verzeichnen, die mit auf lebhaftes Auslands-geschäft zurückzuführen ist. Gewiß ist, daß der tobende Kampf im Wirtschaftsleben mit dazu beiträgt, daß das Webereigewerbe teilweise abgeschwächt hat. Das kann aber nicht allein als Ursache dafür angesehen werden. Als ein wichtiger Faktor muß vielmehr auch die Lage der Preisbasis in den Rohstoffen angesehen werden. Und da ist doch gar nicht von der Hand zu weisen, daß dieselben seit über Jahresfrist fortgesetzt gestiegen, und wenn in Wolle oder Wollgarnen auch die schwindende Höhe von 1899/1900 nicht erreicht ist, so sind die Preise doch so hoch, daß Wollgewebe enorm im Preise gestiegen sind, daß sie von niederen und mittleren Konsumkreisen nicht mehr als Gebrauchsgüter in Betracht kommen, weil in den letzten 5-6 Jahren der Lebensunterhalt der Menschen um 20 bis 25 Proz. verteuert wurde und nur dem kleinsten Teile der Betroffenen steht eine entsprechende höhere Einnahme zum Ausgleich der höheren Ausgaben gegenüber. Daß in dieser Beziehung sich auch im Deutschen Reich die Verhältnisse verschlechtern, ist tief bedauerlich und daran ist in erster Reihe die Reichsfinanzreform schuld, die dafür zu sorgen scheint, daß sich weitere Kreise in ihrer Haushaltung verschlechtern müssen.“

Da diese Betrachtungen, wenn sie nicht aus Unternehmerkreisen selbst stammen, sicher aus der Feder eines Mannes kommen, der den Unternehmerkreisen sehr nahe steht, so ist das Zugeständnis, wonach in den letzten 5-6 Jahren der Lebensunterhalt um 20-25 Prozent verteuert worden ist, für die Agitation sehr beachtenswert.

Kein Mangel an Rohstoffe. Im letzten Jahre konnten wir verschiedentlich hören, daß ein Mangel an Wolle zu erwarten sei. Die Schafzucht sollte angeblich im Rückgange begriffen sein. Demgegenüber steht fest, daß die austral-asiatische Wollproduktion in den fünf Jahren von 1903/04 bis 1908/09 von 1 367 000 auf 2 288 000 Ballen gestiegen ist und im Jahre 1909/10 eine weitere Steigerung von 136 000 Ballen erfahren hat.

Für den Handel in Baumwollgarnen hat die Handelskammer in W. G. Labach wichtige Bestimmungen aufgestellt. Nach diesen Bestimmungen ist für rohe Baumwollgarnen die englische Numerierung maßgebend. Das gepreßte Garnbündel von 10 Pfund engl. soll ohne Schnüre usw. 9 1/2 Pfund engl. = 4,480 Kilogramm netto wiegen, doch sind Gewichtsabweichungen bis 3 Proz. gestattet. Als handelsüblicher Normalfeuchtigkeitszuschlag zum Trockengewicht gelten 9 Proz.

* Dieser Roman erscheint vom 1. Juli ab in der Wochenschrift „In Freien Stunden“, Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Jedes Heft ist illustriert und kostet 10 Pf. Jeder unserer Leser sollte sich ein Probeheft zur Ansicht gratis kommen lassen.

In solchen Filialen, wo mehrere Geschäftsführer sind, soll der Zentralvorstand einen davon bestimmen, der ihm gegenüber als verantwortlich gilt.

Die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung sind in jedem Wahlkreis einheitlich in der Form vorzunehmen. Dem Statut soll ein Reglement für die Delegiertenwahlen angefügt werden.

Alle statutarischen Änderungen treten am 1. Januar 1911 in Kraft.

Der nächste Verbandstag findet in Stuttgart statt.

Die Gesuche einer Anzahl ausgeschlossener Mitglieder, um Wiederaufnahme in den Verband, wurden einer Kommission zur Prüfung überwiesen.

Mit diesen Beschlüssen des Verbandstages sind alle Anträge, mit Ausnahme der in bezug auf die Jugendfrage gestellten, erledigt.

Mit diesem letzteren Thema werden die Verhandlungen am Freitag beginnen.

Fünfter Verhandlungstag.

Am fünften Verhandlungstage begann die Sitzung mit einem großzügigen Referat des Vorstandsmitgliedes Köffel über die Jugendfrage. Der Referent legte einen ganz detailliert ausgearbeiteten Agitationsplan in einer Resolution vor, die bereits von der Gauleiterkonferenz am 19. Juni durchgearbeitet und in ihrer jetzigen Form beschlossen wurde.

Es sei ein großes Werk, so führte Köffel aus, an welches der Verband die Hand legen will. Der Beginn einer planvollen, kräftigen und hoffentlich recht erfolgreichen Jugendorganisation. Der Verband konnte nicht eher an diese Frage herantreten. Es mußten nicht nur die verwaltungstechnischen Fähigkeiten, die hier aufs neue nötig werden, erst herangebildet werden, die Organisation mußte auch die finanziellen und propagandistischen Mittel erst in der Hand haben, die hier erforderlich sind.

Als der Vorstand die Vorarbeiten für die Vorlage begann, hat er eine Rundfrage über die vorhandenen und organisierten Jugendlichen beiderlei Geschlechts in der Textilindustrie und -organisation veranstaltet.

Das Ergebnis war, daß die Zahl der organisationsfähigen Jugendlichen in der Textilindustrie auf 120 000 geschätzt werden darf. Davon sind nur erst wenige Tausend im Verband. Die Zahl 120 000 an sich würde für den Verband Grund genug sein, eine lebhaft propagandistische Arbeit der Jugend zu entfalten. Es gibt der Gründe aber noch mehrere und schwerere. Da ist das fortwährende Steigen der Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Jugendlichen, die zunehmende Vertiefung der Klassengegenätze und die daraus resultierende Verschärfung des Klassentampfs, der bis in die Reihen der Jugendlichen, ja bis in den Unterricht der Schule hineingetragen wird, die ungeheuren Mängel der Schule und des Fortbildungswesens an sich, und die daraus sich ergebenden Schäden für die gesamte Arbeiterklasse, und nicht zuletzt befeuchtende Gründe der Taktik.

Die Zunahme der jugendlichen Arbeiter wird gefördert durch die Entwicklung der Technik. Redner skizzierte den Stand der Kinder- und Jugendarbeit in den verschiedenen Ländern und wies nach, was für schandbare Zustände in England, Holland, Belgien, Italien usw., aber auch in Deutschland in fast allen Industrien bestehen. Unter den schmachvollen Verhältnissen, die noch in der Textilindustrie bestehen, ragen wie ein Denkmal der Schande die Zustände in der Braunschweiger Juteindustrie in Bedealde empor.

Die Jugendlichen muß unterbleiben. Die Organisation muß mit ihren Machtmitteln dafür eintreten, daß die Behandlung der Jugendlichen eine bessere wird. Wenn die Jugendlichen ein größeres Vertrauen zu den Erwachsenen gewinnen, ist der Boden für eine fruchtbare Propaganda bereitet. Die eigene Jugendzeit wurde uns vielfach verkommen durch das Vorurteil der Alten. Wir selbst müssen die alten Ansichten als abgetan behandeln.

Redner rückte dann in weitestgehender Weise die Schulfrage auf, soweit sie mit der Frage der Jugendbewegung in Verbindung steht. Nicht nur in der Volksschule, schon in den Kleinkinderschulen fängt die pfäffische Erziehung an. Ebenso die Fortbildungsschule weist auf Schritt und Tritt das Bestreben auf, im Dienste von Parteiinteressen zu wirken. Nach einer eingehenden Beweisführung dazu wurde vom Redner der Gegensatz der Erziehung der sogenannten „besseren“ Jugend und der Arbeiterjugend, weiter das Fürsorgeerziehungswesen, überhaupt alle Bestrebungen des Klassenstaates auf dem Gebiete des christlich-kapitalistischen Jugenddrills beleuchtet.

Dann ging er zur Darlegung dessen über, was zu tun Sache der modernen organisierten Arbeiterschaft sei.

Seine zweistündigen Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der nur kurzen Diskussion gab sich einmütig die Meinung kund, das neue Gebiet mit aller Verbe beackern zu wollen. — Nachfolgend die Resolution, oder vielmehr der Agitations- und Organisationsplan, wonach in Zukunft gearbeitet werden soll: „Die am 23. Januar 1910 tagende Gauleiter-Konferenz empfiehlt der Generalversammlung des Verbandes die nachstehenden Sätze zum Beschluß zu erheben:

- 1. Treten jugendliche Arbeiter oder Arbeiterinnen aus der Textilindustrie im Alter bis zu 16 Jahren der Organisation bei, so zahlen sie einen Wochenbeitrag von 10 Pf., welcher mit Marken quittiert wird. — Die Marken werden auf eine gratis zu verabsorgende Mitgliedskarte geklebt. — Ist eine Karte voll, so wird gratis eine neue ausgestellt. — Nach Vollendung des 16. Lebensjahres zahlen die jungen Mitglieder 20 Pf. pro Woche. Mit Vollendung des 17. Lebensjahres werden die jungen Mitglieder vollberechtigt und zahlen bis zum 18. Lebensjahre 30 Pf. pro Woche. Die 30 Pf.-Beiträge werden in ein nunmehr auszufüllendes Mitgliedsbuch geklebt. — Nach Vollendung des 18. Lebensjahres steht es den weiblichen Kollegen frei, in eine höhere Klasse zu zahlen; die männlichen Kollegen müssen dann 40 Pf. zahlen, jedoch steht ihnen dann auch eine höhere Beitragsleistung frei. — Der Eintritt in die Vollberechtigung erfolgt unter Anrechnung der ganzen Dauer der Mitgliedschaft. — Die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge wird im folgenden ersten Jahre im Unterstützungsfalle gleich Beiträgen der Klasse I gerechnet.

2. Den jungen Mitgliedern kann im Falle der Erkrankung Unterstützung nach folgenden Sätzen gewährt werden:

Nach Zahlung von

26	Beiträg.	1,20	Mk. pro Woche,	für 5 Wochen	=	6,—	Mk.
52	"	1,80	"	"	"	8,—	"
104	"	2,40	"	"	"	16,—	"
156	"	3,—	"	"	"	24,—	"

Diese Unterstützungssätze können, analog unseren statutarischen Bestimmungen in Perioden von 104 Wochen nur einmal bezogen werden. — In bezug auf Meldung, ärztliches Attest usw. gilt das Statut. — Ein Statut des Verbandes ist den jungen Kollegen mit der ersten Mitgliedskarte zu überreichen. — Ein Anrecht auf die für vollzahlende Mitglieder bestimmten Unterstützungen haben die jungen Mitglieder nicht.

3. Die jungen Kollegen werden im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung nach Leistung von 26 Wochenbeiträgen als unterstützungsberechtigt erachtet. — Der Unterstützungssatz wird vom Zentralvorstand von Fall zu Fall geregelt. — Er soll sich nach der Dauer der Mitgliedschaft richten und nicht höher sein als der Durchschnittslohn der letzten 13 Wochen.

4. Die von den Beiträgen der jungen Mitglieder einkommenden Beträge sind von den Ortsverwaltungen unter Abzug von 2 Pf. pro Marke an die Zentralkasse abzuführen. Die eventuellen Unterstützungen zahlt die Zentralkasse.

5. Die jungen Kollegen erhalten bis zum Eintritt der Vollberechtigung die „Arbeiter-Jugend“ und auf Wunsch auch der „Textil-Arbeiter“ gratis geliefert. Weibliche Jugendliche erhalten vom 16. Lebensjahre ab neben der „Arbeiter-Jugend“ die „Gleichheit“ an Stelle des „Textil-Arbeiter“, wenn der letztere bereits von einem Mitgliede der Familie gelesen wird. — Zu den von den Kollegen oder Bildungsausschüssen für die Jugend arrangierten Veranstaltungen sind die jungen Kollegen mit heranzuziehen. — Wo solche Veranstaltungen nicht getroffen werden, ist es Sache der Ortsverwaltungen die in die Hinsicht nötige Fürsorge zu leisten.

6. In den Verbandsbibliotheken ist nach Möglichkeit die Beschaffung einer besonderen Abteilung für Jugendschriften zu erstreben.

7. Es wird den erwachsenen Kollegen zur Pflicht gemacht, sich den jungen Mitgliedern gegenüber mit angemessener Kollegialität zu benehmen und ihnen Berater und Beschützer zu sein.

8. Die Ortsverwaltungen sind ersucht, am Jahreschlusse über den Stand der Jugendbewegung innerhalb unserer Industrie und Organisation Bericht zu geben. — Dabei sind die folgenden Fragen zu beantworten:

Wieviel jugendliche Arbeiter im Alter von 14—17 Jahren sind in der Textilindustrie im dortigen Bezirke vorhanden?

Wieviel männliche? Wieviel weibliche?

Wieviel davon sind organisiert? Wieviel männliche? Wieviel weibliche?

Wieviel Exemplare der „Arbeiter-Jugend“ werden an die Jugendlichen abgegeben?

Sind Klagen über die Behandlung der Jugendlichen in den Betrieben vorzubringen?

Wurde die Gewerbeinspektion zum Schutze der Jugendlichen angerufen?

Welche Bildungs- oder Unterhaltungsveranstaltungen wurden am Ort für die Jugendlichen arrangiert?

9. Es besteht kein Zwang für die jungen Kollegen, sich nach den Bestimmungen für die Jugendlichen zu richten. — Sie können auf Wunsch auch sofort ordentliche Mitglieder werden und einer beliebigen Beitragsklasse beitreten. — In diesem Falle erreichen sie die Vollberechtigung nach den Satzungen des Statuts.

10. Erhebt die Generalversammlung diese Sätze zum Beschluß, so ist mit einem, an erster Stelle zu bringenden Aufruf im „Textil-Arbeiter“ den Jugendlichen davon Kenntnis zu geben. — Exemplare dieser Nummer des „Textil-Arbeiter“ werden den Ortsverwaltungen zur Propaganda zur Verfügung überlassen. Im Fachorgan ist eine Rubrik für „Jugendbewegung“ einzurücken.

Dann wurde, ebenfalls in mehrstündigen Ausführungen, von der Kollegin Martha Hoppe-Berlin die Arbeiterinnenfrage behandelt. Die Referentin ging zunächst auf das Problem der Frauen- und Arbeiterinnenfrage an sich ein und schilderte dann die ungeheure Bedeutung der Frage gerade für die Textilindustrie. Die Textilindustrie ist mehr und mehr die Domäne der verheirateten Frauen geworden. Allein in ihr sind 528 000 Arbeiterinnen beschäftigt, von denen mehr als die Hälfte verheiratet sind.

Die Schäden der heutigen Frauenarbeit treten überall zutage. Trotzdem vermag die Staatshilfe fast gänzlich. Wohl sind die ersten Anfänge von Frauen- und Kinderschutz vorhanden, aber sie reichen bei weitem nicht aus, versagen vor allem den Frauen jedes Mitbestimmungsrecht. Die Rednerin erörterte dann eingehend die Forderungen, die zum Schutze der Frauen an Staat und Gesellschaft gestellt, sowie die Mittel und Wege, die angewendet werden müssen, um die Arbeiterinnen als Kämpfer in die Reihen der Gewerkschaft einzuführen und sie zur gewerkschaftlichen und politischen Mitarbeit zu gewinnen.

Der Vortrag ist mit seinem reichen Material geeignet, dauernde Anregungen für die künftige Agitation zu bieten. Er wurde in der Diskussion von der Kollegin Simon-Forst lebhaft unterstützt. Schagen-Krefeld wies auf die in gewissen Betrieben sich zeigende Günstlingswirtschaft hin, die gerade unter den böllig unwissenden, vom Geiste der Arbeiterbewegung noch nicht erfassten Arbeiterinnen den besten Boden findet und manchmal die nur zu begreifliche Ursache einer Animosität der Arbeiter gegen die Arbeiterinnen sei. Ferner wünschte er, daß mehr Propaganda für das Genossenschaftswesen unter den Arbeiterinnen gemacht werden solle.

Redakteur Krähig sprach seine Befriedigung darüber aus, daß die Referentin mit der Redaktion einerlei Meinung darüber sei, daß eine Frauenseite im Fachblatt nicht eingerichtet werden soll. Der Charakter des Fachblattes muß ein einheitlicher, abgerundeter sein. Deshalb hält die Redaktion alle Artikel so gemeinverständlich, daß sie auch von den Arbeiterinnen erfasst werden können. Ueber 50 Prozent der in der Textilindustrie Beschäftigten sind Frauen — da würde es eine ganz ungewollte Wirkung herbeiführen, wenn man dieser Masse von Frauen eine besondere, getrennte Erziehung zuteil werden lassen wollte. Wir müssen daran festhalten, das Organ in allen seinen Teilen so prinzipiell gemäß den Grundanschauungen der modernen Arbeiterbewegung, dabei aber so populär zu schreiben, daß es von Männern wie Frauen mit Verständnis gelesen werden kann. —

Auch diesen Grundfragen wurde allseitig zugestimmt.

Eine sehr erregte Debatte entwickelte sich dann über eine von der Konferenz des Zentralvorstandes, des Verbandsausschusses und der Gauleiter ausgearbeitete Vorlage, das Gaureglement abzuändern. Der Widerspruch wurde herborgerufen durch die Be-

Der Geschäftsgang in der Baumwollspinnindustrie Japans ist für den Moment als ein geradezu brillanter und für die nähere Zukunft als der aussichtsreichste zu bezeichnen. Die Garnproduktion für das laufende Jahr wird mindestens 50 Proz. Plus aufweisen, da jede Spindel im Gange ist und ausgiebigst ausgenutzt wird. An diesem Aufschwunge ist hauptsächlich der Chinamarkt beteiligt, wovon die Absatzchancen ständiger Entwicklung entgegengehen. Der Quartalsbericht für das erste Vierteljahr 1910 über das Aufwuchsgeschäft bezeichnet eine Gesamteinfuhr von 116 110 466 Yen (Plus 9 359 345 Yen), eine Ausfuhr von 99 630 829 Yen (Plus 13 398 469 Yen). Gesamtbeigerung des Außenhandels 22 757 812 Yen. Seide in 1908 wurde für 23 842 982 Yen ausgeführt, Baumwollgarne für 10 439 438 Yen, Seidengewebe 6 525 273 Yen, rohe Baumwolle im Zwischenhandel für 50 732 642 Yen (Plus 15 922 772 Yen).

Eine deutsche Baumwollpflanzung in Brasilien. Wie man der „N. B.“ berichtet, wird die frankfurter Firma S. C. Fleischmann u. Co., die auch in Rio de Janeiro ein Domizil hat, in Brasilien eine Baumwollpflanzung anlegen. Das dazu geeignete und erforderliche Terrain wird der Firma von der brasilianischen Regierung auf 99 Jahre verpachtet, und zwar besitzt dasselbe eine Ausdehnung von 50 000 Hektar. Das Terrain, auf das die Firma das Vorkaufsrecht besitzt, liegt zwischen Pernambuco und Bahia, also in einer Gegend, in der die Baumwolle schon seit Jahrzehnten gepflanzt wird.

„Poseidonia australis“ heißt bekanntlich eine Pflanzenfaser, die in dem Spencer-Golf Südaustraliens zusammengehäuft ist. Wir haben erst kürzlich darüber berichtet. Einige Engländer kommen auf den Einfall, diese Faser als Ersatz für Jute und andere in der Spinnerei benutzte Materialien zu versuchen und setzten eine Prüfung der gesamten in Betracht kommenden Verhältnisse ins Werk. Der Erfolg dieser Unternehmung war ein so großer, daß der Beschluß zur Ausführung von Experimenten in großem Maßstabe gefaßt wurde. Es handelt sich nun um die Ermittlung, ob die Faser in genügend großen Mengen gewonnen und gereinigt werden konnte. Nach einer Mitteilung von „English Mechanic“ sind auch diese neuen Versuche von einem vollen Erfolg gekrönt gewesen. Die Pflanzensläger an der bezeichneten Küste haben sich als schier unererschöpflich herausgestellt und bieten außerdem den großen Vorteil, daß die Fasern durch ihre lange Lagerung im Wasser schon von vielen Stoffen gereinigt sind, von denen sie sonst erst mühsam befreit werden müßten. Es ist demnach nur nötig, sie einzusammeln, durch eine einfache Reinigungsmaschine gehen zu lassen und zu trocknen, um sie dann auf den Markt bringen zu können.

In dem Prozeßverfahren wegen Baumwollterminhandels, das die amerikanische Regierung gegen eine Anzahl Spekulanten und Baumwoll-Interessenten eingeleitet hat, sind als Angeklagte genannt: William Brown und Frank Payne in New-Orleans, Eugene Scates in Dallas (Texas), Sidney Harmon in Shreveport, Morris Nathchild in Woodville (Mississippi), Robert Thompson in New York, James Patten (der bekannte Baumwollspekulant) und Charles Kittle. Die Anklage lautet auf Betrieb von Handelsgeschäften unter Bildung eines „Pools“. Mr. Patten erklärt in seiner Verteidigungsschrift selbstverständlich, daß ihm von einem Pool nichts bekannt sei und daß er niemals einem angehört habe.

Die Anklage, die sich auf das Sherman'sche Gesetz gegen die Trusts stützt, betont besonders, daß es sich nicht um börsenmäßige Geschäfte gehandelt habe. 52 Spinnereibesitzer aus den Südstaaten sind vorgeladen, um zu bezeugen, daß sie die Verpflichtung eingehen sollten, von der Patten'schen Gruppe eine bestimmte Menge Baumwolle zu übernehmen zu einem Preise von nicht über 15 Cents für das Pfund, mit der Bedingung, sie nicht weiter zu verkaufen und sie auch nicht an der Börse anzubieten. Die Angeklagten behaupten, der ganze Prozeß sei aus politischen Gründen eingeleitet worden — um der herrschenden Volksstimmung Rechnung zu tragen, und er komme nur den Waisiers zugute. Wir glauben nicht, daß etwas dabei herauskommen wird.

Ueber die russischen Flachsmärkte wird berichtet: In Sibonien ist die Beschaffenheit im ganzen zufriedenstellend; nur in einzelnen Teilen des Distrikts hat die ungünstige Witterung die Ernte beeinträchtigt. Das Ergebnis wird im allgemeinen 15 Proz. höher als dasjenige des letzten Jahres geschätzt. In Kurland sind die Probuzgen mit der Ernte noch im Rückstand. In den Distrikten von Hoff's dürfte die Ernte nicht viel ergiebiger als die des Vorjahres sein. Die Landwirte haben im Gegenteil vielfach die Flachskultur aufgegeben. Was die Verkäufe anbelangt, so sind in der letzten Zeit die Abschlüsse sowohl mit inländischen wie mit ausländischen Verbrauchern sehr beschränkt gewesen. Die Käufer haben sich nicht dazu verstehen können, die sehr hohen Forderungen der Abgeber zu bewilligen, aber auch die in den Händen des Zwischenhandels befindlichen Vorräte sind sehr geringfügig. Die Spekulation hält sich mit Verkäufen vollständig zurück, da sie glaubt, daß im September höhere Preise zu erzielen sein werden.

Eine neue Seidenraupe. Die Seidenindustrie, soweit sie mit dem natürlichen Produkt arbeitet, steht vor einer Ueberraschung. Es ist nämlich eine bisher unbekannte Raupeart entdeckt oder

wenigstens in den Kreis einer wirtschaftlichen Betrachtung gezogen worden. Die Heimat dieser Raupe ist die indische Provinz Assam. Die dortigen Eingeborenen nennen sie Erzi und haben ihre Gespinne schon seit Jahrhunderten zur Herstellung von Seide benutzt, und es ist kaum zu begreifen, wie ihre Anwendung der Aufmerksamkeit der Europäer so lange entgangen sein kann. Jetzt endlich wird die englische Regierung in Indien Schritte tun, um die Verwertung dieser Seidenraupe zu fördern. Die Kolons haben sogar im Vergleich zu denen der gewöhnlichen Seidenraupe einen bedeutenden Vorteil, indem sie an einem Ende nur lose verschlossen und nicht wie bei diesen „versiegelt“ sind. Dadurch ist es nicht nötig, das Insekt zu töten, wenn man die Seide benutzen will.

Eine Exportaktion der nordfranzösischen Wollindustriellen ist soeben in die Wege geleitet worden. Unter dem Zugeständnis, daß die Wollwarenfabrikation von Roubaix-Tourcoing durch die deutschen Erzeugnisse überflügelt sei, wurde in Roubaix ein Exportbureau eingerichtet. Dieses Bureau will alle Maßnahmen ergreifen, welche geeignet sind, die Ausfuhr nordfranzösischer Wollstoffe zu fördern.

Am Gummimarkt ist eine neue Gasse eingetreten. Der Preis für Hochgummi fine Para ist um 3,20 Mk. pro Kilo gestiegen; das ist eine Steigerung, wie sie noch niemals in diesem Maße stattgefunden hat. Inzwischen ist schon wieder weiteres Steigen gemeldet worden. Die Gummibandfabrikanten werden dadurch gezwungen sein, ihre Preise weiter zu erhöhen, da die Gummifabrizanten nicht in der Lage sind, unter 175 Proz. Zuschlag auch nur einen Faden zu verkaufen.

Die Samtbandfabrikanten haben die Preise je nach Qualität um 5—12 Proz. erhöht. Der Prozentfuß auf die Grundpreise, der bis jetzt 79 Proz. war, ist durchschnittlich für schwarze Bänder auf 74 Proz., der für colorierte Bänder von 73 Proz. auf 67 Proz. herabgesetzt worden. Für den Augenblick wird der Aufschlag noch wenig spürbar sein, da die meisten Konsumenten langfristige Kontrakte haben. Bei dem großen Bedarf in Samtband für Hutbesatz in dieser Sommeraison werden sich die Vorräte aber schnell lichten. Samtband hat trotz des großen Verbrauchs in schnittantiger Ware, welche bekanntlich aus Samt im Stück geschnitten wird, doch in gewebter, feinstantiger Ware großen Verbrauch, und die Fabrikanten lassen die gute Konjunktur nicht unbenutzt vorübergehen. Und wie ist es bei den Arbeitern?

Eine Goldgrube ist die Baumwollspinnerei und -Witzerei von Dollfus-Mieg u. Co., Metz-Gel. in

Stimmung, daß der Gauleiter Vorsitzender des Gauvorstandes sein muß und andere, durch Anstellungsvertrag tätige Verbandsbeamte dem Gauvorstand nicht angehören können.

Danach referierte in letzter Stunde Jäckel vom Hauptvorstand über den Punkt: „Die Textilindustrie in der Geseßgebung“.

Sein Vortrag bestand in einer Darlegung der mannigfaltigen und enormen Gesundheitschädigungen, die aus den Arbeiten in der Textilindustrie entspringen, der Forderungen, die dagegen erhoben werden müssen und der Mittel, die angewendet werden müssen, um die Geseßgebung zu einem Eingreifen zu zwingen.

II.

„In Erwägung, daß die deutschen Textilarbeiter und -Arbeiterinnen in bezug auf körperliche Entwicklung weit zurückstehen hinter der körperlichen Entwicklung der Arbeiter anderer Berufe und diese Tatsache zum großen Teil zurückzuführen ist auf die mit der Arbeit in Textilfabriken verbundenen gesundheitlichen Schädigungen; daß weiter eine Anzahl Branchen und Arbeitszweige der Industrie vorhanden sind, welche in besonders hohem Maße als für die Gesundheit der Beschäftigten gefährliche allseitig anerkannt werden (Flachsbranche, Jutebranche, Wattenfabrikation, Kunstwollfabrikation, Wollsortierung, Kops- haarpinnerei usw.), fordert die Generalversammlung von den geseßgebenden Körperschaften besonderen und weitgehenden Schutz für Leben und Gesundheit zugunsten der in diesen Branchen und Abteilungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Die Versammlung beauftragt ihren Zentralvorstand, dieser Angelegenheit dauerndes Augenmerk zuzuwenden. In Verbindung mit der Bearbeitung der allgemeinen Branchenangelegenheiten sind die Schädigungen der Arbeiter durch den Arbeitsprozeß und die diesbezüglichen Beschwerden der Arbeiter festzustellen, die Forderungen zu formulieren und sodann das Weitere in zweckentsprechender Weise zu veranlassen.“

„Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Textilarbeiter beschließt mit Rücksicht auf die durch die Zollpolitik hervorgerufenen enormen Schädigungen der Textilindustrie im allgemeinen und der Arbeiter im besonderen auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages zu setzen: Die Schädigung der Textilindustrie und ihrer Arbeiter durch die Zollpolitik!“

Schöster Verhandlungstag.

Nachdem die Mandatsprüfungskommission über die ihr überwiesenen Wiederaufnahmegesuche einzelner Mitglieder Bericht erstattet, wurde beschlossen, daß die Kollegen Witterlein und Bekker aus Colmar wieder in den Verband eintreten dürfen, jedoch ohne Eintritt in ihre alten Rechte. Die Wiederaufnahme von Berger-Nürnberg, Schmitz-Nachen, Landsberg-Neumünster wurde abgelehnt.

Dann referierte Gauleiter Bretschneider-Gera über die Tarifrage in der Textilindustrie.

Er stellte sich auf den Boden der im Jahre 1906 auf der Generalversammlung in Mühlhausen angenommenen Resolution in dieser Frage.

Damals wurden die Bedingungen festgelegt, unter welchen Tarife abgeschlossen werden dürfen. Als längster Dauer der Tarife wurden damals drei Jahre bestimmt; Bedingung aber war, daß die Arbeitszeit durch einen solchen Vertrag auf mindestens 10 Stunden festgesetzt wurde. Seitdem sind nur 12 bis 15 Tarife abgeschlossen worden; es bestehen allerdings noch eine größere Anzahl von Lohnlisten, die aber als eigentliche Tarife nicht gelten können. Wenn der Lohn tariflich festgelegt würde, entstünde zweifellos für die Arbeiter ein günstigeres Verhältnis. Sie wären dann davor gesichert, daß nicht bei jeder ungünstigen Zeit Lohnkürzungen eintreten. Die Möglichkeit eines Reichstages oder die Gefahr, daß alle Tarife einmal zu gleicher Zeit ablaufen könnten, besteht im Textilberuf nicht. Die Spezialtarife, die in den vielen Branchen des Berufes notwendig sind, könnten gar nicht zu gleicher Zeit zum Ablauf gebracht werden. Außerdem seien die Fabrikanten weder so geschlossen organisiert noch so einig in dieser Frage, um einheitliche Tarife und gleiche Ablaufzeit erzwingen zu können. Eine Befürchtung, daß die Arbeiter mit Tarifverträgen stranguliert werden könnten von den Fabrikanten, sei wohl unbegründet. Es empfehle sich also, stärker wie bisher im Sinne der Resolution von 1906 zu wirken, wonach in geeigneten Fällen Lohnentziffern abgeschlossen werden können.

Die ganz bestimmten Normen dazu könnten allerdings weder von der Generalversammlung, noch von einer allgemeinen Tarifkommission aufgestellt werden; das müßte Sache der Branchenkonferenzen bzw. von ihr zu bestimmenden Kommissionen sein. Für die Durchführung und Ueberwachung der Tarife ist das Arbeiterausschüßsystem eine Notwendigkeit.

Mühlhausen i. G. Der Rechnungsabluß dieses Baumwollspinnerei-Unternehmens für 1909 ergab nach 1 200 000 Mk. (wie im Vorjahre) Abschreibungen und sehr reichlichen Rückstellungen einschließlich 287 534 Mk. (305 625 Mk.) Vortrag einen Reingewinn von 1 486 823 Mk. (i. V. 1 387 534 Mk.), wovon 1 200 000 Mk. als 12 Proz. (11 Proz.) Dividende verteilt und 286 823 Mk. (287 534 Mk.) vorgetragen werden.

Die mechanische Weberei in Bittau zählt 14 Proz. Dividende. In der Aufsichtsratsitzung der mechanischen Weberei in Bittau wurde beschlossen, der auf den 7. Juli einzuberufenden Generalversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 14 Proz. (i. V. 12 Proz.) in Vorschlag zu bringen.

Ueber die bayerischen Aktiengesellschaften der Textilindustrie im Jahre 1909 schreibt die von der Handelskammer München herausgegebene „Bayerische Handelszeitung“: Die Dividenden der Mehrzahl der Aktiengesellschaften der bayerischen Textilindustrie, die meist das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr abschließen, weisen, wie im Vorjahre, auch im Jahre 1909 eine rückläufige Bewegung auf. Es haben nämlich von 35 (im Vorjahre 32) Gesellschaften 19 (22) Gesellschaften einen Rückgang der Dividenden zu verzeichnen, in 7 (7) Fällen wurde die gleiche Dividende, in 8 (2) Fällen eine höhere und in einem Falle wieder keine Dividende verteilt. Eine geringere Dividende wie im Vorjahre verteilten folgende Gesellschaften: Spinnerei Wertach in Augsburg 7 (10) Proz., Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei Augsburg 20,42 (24,5) Proz., Baumwollspinnerei Sentelebach 7 (9) Proz., Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei Kaufbeuren 10 (11 1/2) Proz., Baumwollspinnerei Speyer 6 (7) Proz. auf die Vorzugsaktien und 4 (5) Proz. auf die Stammaktien, Baumwollspinnerei Augsburg 10 (15) Prozent, Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg 10 (14) Prozent, Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei Rempten 11 1/2 (14 1/2) Proz., Baumwollspinnerei am Stadtbach Augsburg 17 1/2 (19 1/2) Proz., Neue Baumwollspinnerei in Wahrenth 18 (20) Prozent, Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei in Wahrenth 11 1/2 (15) Proz., Altgauer Baumwollspinnerei und -weberei Waisbach 6 (8) Proz., Mechanische Baumwollspinnerei und -weberei Bamberg 17 1/2 (25) Proz., Mechanische Flachspinnerei Wahrenth 12 1/2 (15) Proz., Spinnerei Rulmbach 10 (15) Proz., Neue Baumwollspinnerei und -weberei Hof 20 (24) Proz., Spinnerei Neuhof in Hof 10 (12) Proz., Voglländische Baumwollspinnerei in Hof 15 (17 1/2) Proz., Zwirnerei und Nähfadefabrik Augsburg 8 (4) Proz. Die gleiche Dividende wie im Vorjahre konnten verteilen fol-

Dem Referate wurde debattellos zugestimmt und die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß der Zentralvorstand durch Vorbereitung und Einberufung von Branchenkonferenzen den ihm gemachten Auftrag — Resolution 2, Tarifverträge, Verbände- Generalversammlung 1908 Mühlhausen — zu erfüllen versuchte und die Praxis gelehrt hat, daß eben nur die Branchenkonferenzen je für ihre Branche in der Lage sind, zweckentsprechende Normen bei Schaffung einheitlicher Lohnentziffern in Wirklichkeit zu bringen unter Einverständnis und Mitwirkung des Zentralvorstandes, erklärt die Verbände- Generalversammlung 1910 zu Berlin ihre Zustimmung zu weiteren diesbezüglichen Vorgehen und daß in dieser Weise unter Beachtung der in Resolution 1, Tarifverträge betreffend, gestellten Bedingungen einheitliche Lohnentziffern von Organisation zu Organisation abgeschlossen werden können.“

Dann folgte ein großes Referat des Redakteurs Krähig über die Strafsysteme und die Behandlung der Arbeiter in den Fabriken.

Der Referent hat einen Aufruf zur Einsendung von Tatsachen erlassen und dabei Berichte über Zustände erhalten, die aller Beschreibung spotten.

Die Arbeitsordnungen enthalten in der Regel nur eine Festlegung der Pflichten der Arbeiter und der Rechte der Unternehmer. Von Pflichten der Unternehmer und Rechten der Arbeiter ist meistens gar keine Rede. Ein geradezu typisches Beispiel dafür ist eine von einem Rechtsanwält ausgearbeitete Arbeitsordnung für die Stidereiarbeiter des Vogtlandes. Diese Stidereiarbeiter wären wert, die Prügelstrafe zu bekommen, wenn sie diese Arbeitsordnung annehmen würden. Doch noch eine große Anzahl anderer Arbeitsordnungen enthalten geradezu ungläubliche Bestimmungen. Z. B. bestimmt die A.-O. der Firma Bierhaus u. Zeime in Mülfurt bei Odenkirchen: Kleidungsstücke, welche in der Fabrik hängen bleiben, werden sofort verbrannt. Andere Arbeitsordnungen besagen, daß Frauen, welche niederkommen, die Entlassung erhalten.

Auch bei den Wohlfahrts- einrichtungen tritt die rigorose Behandlung der Arbeiter in abschreckendem Maße zutage.

Besonders die Arbeiterwohnungen werden zu einem Mittel des Terrorismus ersten Ranges benutzt. Die Mietverträge sind meistens nichts anderes als ein Vertrag zum Verkauf der ganzen Familie an den Unternehmer. Redner berichtete neben anderen einen Fall, wo eine Firma, bei der ein junger Arbeiter das Arbeitsverhältnis löste, von den Eltern verlangte, daß sie den jungen Menschen aus der elterlichen Wohnung stoßen sollten.

Sogenannte Sparkassen der Arbeiter werden gegründet, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als ein Reservefonds, aus dem die Unternehmer bei Beschädigung von Material oder Geräten usw. herauszuschöpfen können.

Die Strafen, die verhängt werden, sind vielfach gemeingefährlich und direkt ungesetzlich. Eine Fabrik hat angeordnet, daß jeder Arbeiter, der das Arbeitsverhältnis löst, später aber wieder in dieser Fabrik in Arbeit tritt, eine Ordnungsstrafe (!) von 5 Mark zu zahlen hat. In M.-Gladbach ist ein Arbeiter zweimal bestraft worden, weil er beim Vorbeigehen des Meisters nicht die Mütze abgenommen hat. Das dortige Gewerbegericht hat geurteilt, daß die Strafe zu Recht besteht — M.-Gladbach.

Die Strafen für fehlerhafte Waren werden vielfach zu einem solchen System ausgebaut, daß sie ein ausgezeichnetes Mittel für die Unternehmer werden, die Produktionskosten zu vermindern. Es ist unerhört, in welcher Weise die Arbeiter dabei gerupft werden.

Eine ganze Menge Bestimmungen in den Arbeitsordnungen haben den Zweck, berechtigte Entschädigungsansprüche der Arbeiter bei Reparaturen oder Warten auf Material auszuschalten. Selbst Bestimmungen der Gewerbe- Ordnung, die zwingender Natur sind, werden von Rechtsanwält (Rechts- verwehrem!), die sich als Verfasser solcher Arbeitsordnungen hergeben, einfach beseitigt.

Den Arbeitern werden ungesetzliche Aufrechnungen gemacht für Ersatzteile, wobei die noblen Unternehmer sich diese Ersatzteile zugleich weit über den Selbstkostenpreis bezahlen lassen. Redner führte Fälle an, wo die Arbeiter an einem Zahltage 40—50 Mk. für Reparaturen bezahlen mußten, die nach dem Geseß die Firmen zu zahlen verpflichtet waren.

Unerhörte Betrügereien werden bei der Festsetzung der Akkordlöhne, ferner bei der Handhabung des Prämien- systems begangen.

Zu alledem kommen zahlreiche Fälle von barbarisch schlechter Behandlung, von geschlechtlichem Mißbrauch der Arbeiterinnen. Redner führte empörende Fälle an, wo hohe und niedere Fabrikangestellte Frauen mißbrauchen und Kinder verführten. Es sind aber auch grauenhafte Fälle festgestellt worden, wo die Arbeiterinnen sich den Meistern hingaben, um bei der Arbeit bevorzugt zu werden.

Daneben kommen haarsträubende Mißhandlungen häufiger vor. Es sind Arbeiter in so roher Weise geschlagen worden, daß sie bewußtlos liegen geblieben sind, Arbeiterinnen in ihrem Ehrgefühl berührt worden, daß sie nur mit Mühe von einem Selbstmord zurückgehalten wurden. Redner sagte unter

gende Gesellschaften: Mechanische Seilerwarenfabrik Jützen 15 Prozent auf die Stammaktien und 16 Proz. auf die Prioritätsaktien, Baumwollspinnerei Kolbermoor 9 Proz., Mechanische Wundfadenfabrik Schreßheim 6 Proz., Baumwollweberei Böschlingsweiler 14 Proz., Mechanische Seilerwarenfabrik Bamberg 14 Proz., Nähfadefabrik Schürer in Augsburg 6 Proz., Mechanische Weberei Fischen in Sonthofen 21 Proz.

Eine höhere Dividende verteilen: Augsburger Kammgarnspinnerei 14 (11 1/2) Proz., Mechanische Weberei am Mühlbach in Augsburg-Persee 18 1/2 (17) Proz., Aktiengesellschaft für Bleicherei, Färberei und Appretur Augsburg 5 (2) Proz., Zwirnerei und Nähfadefabrik Göggingen in Augsburg 30 (28 1/2) Proz., Kammgarnspinnerei Kaiserlautern 15 (11) Proz., Spinnerei und Wuntweberei Persee 12 (10) Proz., Baumwollspinnerei Erlangen 15 (14) Proz., Weber u. Ott in Fürth 14 (10) Proz.

Die Mechanische Weberei am Fichtelbach schloß wie im Vorjahre wieder mit einem Verlust ab.

Ein Riesenunternehmen in der Seidenindustrie wird dadurch entstehen, daß sich eine Aktiengesellschaft gründet, welche die sämtlichen Unternehmungen der Seidenfabrikationsfirma Robert Schwarzenbach u. Co. vereinigt. Die heutige Kollektivgesellschaft Rob. Schwarzenbach u. Co. in Thalwil ist im Jahre 1852 unter der Firma R. Schwarzenbach-Landis gegründet worden. Anfänglich war der Geschäftsbetrieb — Fabrikation von ganz- und halbseidenen Kleider- und Futterstoffen — auf die Schweiz beschränkt. Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte wurden eine Anzahl Etablissements im Auslande erstellt. So betreibt die Firma außer der Weberei in Thalwil die Webereien in Bouffieren und La Tour du Pin (Jfère, Frankreich), ferner in Deutschland die Weberei Hünningen, in Italien die Weberei San Pietro Sebese, die Spinnerei in San Giovanni in Croce, die beiden Spinnereien in Codogno, die Zwirnereien in Molina, Prato, San Pietro, Lecco und Castella. Außerdem ist die Gesellschaft in Amerika unter der Firma Schwarzenbach, Huber u. Co. etabliert und besitzt daselbst die Webereien in Westhoboken, Union Hill und Altoona, sowie die Zwirnerei im letztgenannten Orte. Die Herstellungskosten aller dieser Etablissements betragen rund 17 Millionen Franks.

Erfindungen in der Stiderei. Herr Ingenieur Stellmacher in Arbon hat einen Kuppelungsapparat für Stidmaschinen zum Patent angemeldet. Der Apparat ist sehr einfach. Die Kuppelung der Maschinen ist auch dann möglich, wenn

impulsiver Zustimmung, die Arbeiter sollten solchen Kaufholden gegenüber vom Recht der Notwehr Gebrauch machen und sie nieder schlagen. Einer der haarsträubendsten Fälle dieser Art hat sich bei der Firma Bongs u. Bahn in Bieren ereignet, wo der Meister einem Arbeiter biermal ein Messer in den Kopf hieb. Der Arbeiter hat Strafantrag gestellt, den Antrag aber wieder zurückgezogen, weil er die Möglichkeit vorausah, daß sein alter Vater durch die Verfolgung der Angelegenheit aus der Arbeit entlassen worden wäre. Der Meister ist von der Firma mit einem Verweis bestraft worden. Die Firma scheint gar nicht zu verstehen, wie weit sie sich in der Öffentlichkeit herabwürdigt, daß sie diesen Menschen nicht aus dem Betrieb hinausgejagt hat.

Aus solchen empörenden Verhältnissen müssen die Textilarbeiter befreit werden. Das kann nur geschehen, wenn ihr Verband wächst und an allen Orten mit eisernem Wesen aufzutreten kann.

Die Ausführungen des Redners, die den Vorhang fortgezogen von den Scheußlichkeiten, die hinter den Fabrikmauern an den Textilarbeitern noch verübt werden, riefen in ihren einzelnen Etappen die leidenschaftlichste Erregung der Delegierten hervor. Einstimmig wurde die nachfolgende Resolution angenommen.

„Die 10. Generalversammlung des Verbandes der Textilarbeiter Deutschlands beschließt:

Um dem unerhörten Strafsystem in den Textilfabriken und der daselbst überhandnehmenden schlechten Behandlung der Arbeiterschaft energisch zu Leibe gehen zu können, ist zunächst eine umfangreiche regelmäßige Berichterstattung über alle Arten der Bestrafung und schlechten Behandlung der Arbeiterschaft in den Textilfabriken zu organisieren.

Der Zentralvorstand wird beauftragt, die nötigen Schritte hierzu sofort in die Wege zu leiten.

Das nach der Anweisung des Vorstandes von den Ortsverwaltungen zu sammelnde Material hat der Vorstand alle Quartale mit der Einbindung der Abrechnungen von den Ortsverwaltungen einzufordern.

Daselbe ist alljährlich von dem Leiter der Informationsstelle des Verbandes so rechtzeitig zu sichten und für die parlamentarische Aktion mit Anfragen versehen zu bearbeiten, daß es sowohl der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wie dem sozialpolitischen Ausschuß der Generalkommission mindestens vier Wochen vor Beginn der Reichstagsverhandlungen eingehändigt werden kann.

Weiter hat der Vorstand das Material für die Agitation zu bearbeiten und alljährlich im Geschäftsbericht zu veröffentlichen.“

Zum Kampf der holländischen Textilarbeiter wurde in folgender Sympathierevolution Stellung genommen:

„Wegen Differenzen in einer Fabrik werden am 4. Juli 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der holländischen Textilindustrie in Enschede (Holland) ausgesperrt. Die 10. Generalversammlung spricht den kämpfenden Brüdern und Schwestern erneute Sympathie aus und erwartet Unterstützung derselben durch die Textilarbeiter aller Länder.“

Bei der Wahl des Vorstandes und der Redaktion wurden die alten Kollegen wiedergewählt. Der Vorstand wurde durch den Kollegen Reichelt verstärkt, der als Sekretär fungieren wird, während der Kollege Jäckel als dritter Vorsitzender amtiert. Kollege Kreuzer-Berlin wird als zweite Kraft in das statische Amt eintreten. Der Sitz des Ausschusses wurde in Gera belassen.

Damit waren die Arbeiten der 10. Generalversammlung erledigt.

Nach herzlichem Abschiedsworten der Vertreter der auswärtigen Nationen sagte Köffel das Tagungsergebnis in einem passenden Schlußwort zusammen. Die Generalversammlung reißt sich würdig den verschiedenen an. Die ganzen Verhandlungen haben gezeigt, daß alle, die, die vor einiger Zeit in so verlogener Weise in die Welt hinausposaunten, der Textilarbeiterverband sei bankrott geworden, die Textilarbeiter hätten kein Vertrauen mehr zu ihrem Vorstand, sich gründlich getäuscht haben. Möge die Mitarbeit aller Kollegen, die den Vorstand unterstützt haben, dem Verbands immer erhalten bleiben. Alle müssen jetzt arbeiten, daß der Verband finanziell und numerisch das feste Bollwerk wird, an dem die Pläne der Unternehmer zerfallen!

Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband und die internationale Arbeiterbewegung wurde die Tagung geschlossen. Stehend sangen die Delegierten die Marseillaise.

Die Gewerbeinspektionen in Sachsen.

Diese Institutionen genießen in Sachsen nur in einzelnen Bezirken den guten Ruf, Hand in Hand mit der Arbeiterschaft ihre schwere, bei richtiger Handhabung aber lehrreiche Tätigkeit zu entfalten. Ueberall dort, wo die Herren Fabrikinspektoren bisher Fühlung mit der Arbeiterschaft genommen haben, ist auf diesem Gebiete auch schon erprobliches geschaffen worden. Leider muß immer wieder konstatiert werden, daß solche Fälle recht vereinzelt dastehen. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zu den Fabrikinspektionen ist noch ein recht geringes zu nennen. Das liegt aber daran, daß Fabrikinspektoren — entgegen ihrer Vorschrift — skrupellos

sie nicht auf der gleichen Höhe montiert sind. Die Kuppelung soll in zwei Tagen montiert und die Ware auf der gekuppelten Maschine genau die gleiche sein wie auf der einfachen.

Eine weitere Feston-Ausschneidmaschine wird demnächst auch von J. Dölder Textilingenieur in St. Gallen, auf den Markt gebracht werden. Dieselbe soll, wie mitgeteilt wird, von einer in den nächsten Tagen zu konstituierenden Aktiengesellschaft, welche die von dem Herrn Dölder erworbene Waumische Maschinenfabrik in Rorschach übernimmt, konstruiert und vertrieben werden.

Stidfachlehrer Walser in Altkätten hat, wie dem „Landle“ berichtet wird, eine neue Changerung der Handmaschinen erfunden, welche von Mechaniker Verne in Wil ausgeführt wird. Die Changerung beruht auf ähnlicher Grundlage, wie Benningers Stahlband-Changerung, nur soll sie einfacher und praktisch auf Maschinen jedes Systems verwendbar sein. Auch kann sie in ganz niederen Lokalen angebracht werden. Auch kann man längere Pantographen verwenden und das Supportrig am Anfang des Gatter anbringen, damit der Stidler keine Hilfe mehr braucht zum Fizieren.

Fabrikbrände. In der Nacht vom 17. zum 18. Juni ist die Streichgarnspinnerei und Wollwarenfabrik (verbunden mit Walfere und Presserei) der seit über 40 Jahren bestehenden Firma Paulus Paul in Reichenbach i. V. vollständig niedergebrannt. Das im Talkefel gelegene dreistöckige Gebäude war im Jahre 1870 erbaut worden. Die Kontore und Lagerräume, die sich unweit des Fabrikgebäudes erheben, konnten gerettet werden. Insgesamt beschäftigte die Firma 50—60 Arbeiter, die nun zum größten Teil brotlos geworden sind. — Die Entstehungsurache des Brandes ist nicht bekannt.

Ein durch Selbstentzündung entstandenes Feuer äscherte die sogenannte „alte“ Fabrik der Firma Flachspinnerei G. m. b. H. in Sukau, Kreis Sprottau, nebst sämtlichen Trockenspinnmaschinen, Vorspinnmaschinen und bedeutenden Garnvorräten ein. Der ganz erhebliche Schaden ist durch die Magdeburger und Leipziger Feuerversicherungsgesellschaft gedeckt. Mit Hilfe von 16 Handdruckspritzen und der Gruschwitzschen Dampfpritze aus Neusalz konnten die übrigen Gebäude gehalten werden. Die etwa 300 Arbeitskräfte werden meist in der „neuen“ Fabrik Beschäftigung finden. Die Firma stellt Jute-, Werg- und Leinwand her. Dieser Industriebetrieb wurde 1848 zunächst mit einer beschiedenen Flachspinnerei aufgenommen und 1856 zu einer Flachspinnerei erweitert. Der Betrieb ist nicht gestört.

genug waren, Arbeiter, die sich an sie beschwerdeführend gewandt haben, dem Unternehmer namhaft zu machen. Auch über die Art, wie die Betriebe revidiert werden, wissen die Arbeiter ein Liedchen zu singen. Hier kann man das Sprichwort: „Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu“, recht trefflich in Anwendung bringen. Nicht selten finden sich die Herren Fabrikinspektoren einige Tage vor der Inbetriebnahme eines Betriebes bei dem betreffenden Unternehmer an, damit dieser Zeit gewinnt, alle die notwendigen Schutzvorrichtungen an den Maschinen, Transmissionsen, Riemenrädern usw., die oft nicht vorhanden sind, aber unbeschadet in irgend einem Winkel liegen, schnell anbringen zu lassen. Die Arbeiter müssen dann alle Dredlöcher reinmachen, auch sonst alles im Betriebe in Ordnung bringen, worauf sonst gar kein Wert gelegt wird. Im allgemeinen könnte dieses Kapitel recht erweitert werden, doch heute wollen wir uns einmal mit Herrn Gewerbeinspektor Neufirch, welcher seit dem 1. Juli 1908 die Leitung der königlichen Gewerbeinspektion Döbeln inne hat, beschäftigen.

Schon recht oft mußte Kollege Seyfert den Herrn Fabrikinspektor auf verschiedene unzulässige, den Gesetzen zuwiderlaufende Uebelstände in den Mittweidaer Betrieben aufmerksam machen. Zuletzt wegen unerträglicher, geradezu gesundheitsgefährdender Hitze im Ringspinnmaschinenaal der Mittweidaer Baumwollspinnerei. Herr Fabrikinspektor Neufirch hatte bisher noch nie Gelegenheit genommen, dem Kollegen Seyfert auf irgend eine der gemachten Anzeigen eine mündliche oder schriftliche Antwort zu erteilen, wozu er ja auch schließlich nicht verpflichtet war. Auf die letzte Anzeige hin jedoch erhielt er folgendes charakteristische Schreiben:

„Döbeln, den 16. Juni 1910.

Herrn Hugo Seyfert,

Gewerkschaftsbeamter des Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Verbandes in Mittweida i. Sa.

In Beantwortung Ihrer gefl. Zuschrift vom 6. d. M. wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, daß die in Ihrem Schreiben berregte Angelegenheit am gestrigen Tage durch den Unterzeichneten erledigt worden ist. Es ist zutreffend, daß die Temperatur im Ringspinnmaschinenaal der Baumwollspinnerei Mittweida, A.-G., eine hohe ist; es wurden auch gestern wieder 36 Grad Celsius am Thermometer abgelesen. Es ist hierbei aber zu berücksichtigen, daß diese Temperatur einmal eine Folge der schon seit langer Zeit anhaltenden abnormen Hitze ist, bei der es in anderen Räumen ebenfalls erheblich warm wird, und zum anderenmal herrscht diese Temperatur nicht im ganzen Saal, sondern lediglich in unmittelbarer Nähe der auf den Fußboden aufgestellten und eine gewisse Wärme entwickelnden Antriebs-Elektromotoren.

Wenn nun also dieser Teil Ihrer Zuschrift der Wahrheit vollständig entspricht, so waren Sie hinsichtlich des zweiten Teiles, in dem Sie davon sprechen, daß die Direktion es nicht für nötig erachte, durch Anbringung von gut funktionierenden Ventilatoren, den Uebelstand zu beseitigen, durch Ihre Vermittlerinnen doch nicht recht unterrichtet. Herr Direktor Steinegger der Baumwollspinnerei hatte diese Wärme in dem fraglichen Arbeitsaal schon früher selbst empfunden und war einer dem Unterzeichneten gestern vorgelegten Korrespondenz zufolge bereits im April mit einer Zittauer Spezialfabrik zwecks Beschaffung einer Ventilations- und Luftbeleuchtungsanlage zur Herabminderung der Temperatur in dem in Rede stehenden Arbeitsaal in Verbindung getreten. Es erfolgte im Mai l. J. der Auftrag zur Anlieferung einer solchen Anlage, und soll die Anlage nunmehr in einigen Tagen eingebaut werden, deren Erfolg abzuwarten, hierseits zunächst empfohlen wird. Es liegt somit hier vorläufig kein Anlaß vor, in dieser Sache etwas weiteres anzuordnen.

Herr Direktor Steinegger hätte es aber lieber gesehen, wenn sich die Arbeiterinnen um Abstellung solchen Uebelstandes an ihn persönlich gemeldet hätten, als daß hierzu erst die Behörde angegangen werden muß. Herr Direktor Steinegger vermisst in diesem Gebaren das Vertrauen seiner Arbeiter, welches er selbst ihnen entgegenbringt; und daß Herr Steinegger auch auf das Wohl und die Gesundheit seiner Leute selbst bedacht ist, dafür dürfte die vorliegende Sache genügt nur ein Beweis sein.

Der Unterzeichnete muß es Ihnen überlassen, ob Sie in zukünftig vorkommenden ähnlichen Fällen im Interesse eines guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nach der angegebenen Richtung etwas zu tun, Gelegenheit nehmen wollen. Dessenungeachtet wird die königliche Gewerbeinspektion aber nach wie vor bei ihr angebrachte Beschwerde über Ungehörigkeiten und Uebelstände in Fabriken erörtern und erforderlichenfalls abzustellen suchen.

Königliche Gewerbeinspektion.

Neufirch, Gewerbeinspektor.

Wenn der Herr Gewerbeinspektor seine Informationen bei den Arbeiterinnen und nicht beim Herrn Direktor Steinegger eingeholt hätte, würde er eines anderen belehrt worden sein. Erstens besteht dieser leidige Zustand in dem in Frage kommenden Arbeitsaal nicht erst seit heute und gestern, sondern schon seit Jahren. Wenn also der Herr Direktor Steinegger wirklich so mitempfindend wäre, wie im obigen Schreiben geschildert, so hätte er hier schon längst Abhilfe schaffen können. Des weitern können wir Herrn Gewerbeinspektor Neufirch verraten, was den Anstoß zur Abänderung gegeben hat, und bitten ihn, sich folgende Sache recht genau anzusehen.

Weil Herr Obermeister Wein rücksichtslos genug war, bei der sowieso schon kaum auszubaltenden Hitze in diesen Maschinenaal — zum Zweck der Erleichterung der Produktion noch Dampfbräusen hineinzu lassen, wollten die Ringspinnereinen lieber einmütig dieses Eldorado verlassen, als zu Tode schwitzen zu müssen. Erst dann bequeme man sich, wenigstens die Dampfbräusen abzustellen. Daraus erklärt sich auch das „Entgegenkommen“ des Herrn Direktors Steinegger mit der Einbauung einer neuen „Luft“-Reinigungsanlage.

Wie es mit dem guten Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in diesem Betriebe bestellt ist, und wie Herr Direktor Steinegger auf das Wohl und die Gesundheit „seiner“ Leute bedacht ist, davon kann sich der Herr Gewerbeinspektor einige Proben in der nächsten Betriebsversammlung holen, oder aber, wenn er will, bei dem Unterzeichneten.

Hugo Seyfert, Mittweida.

Die Stellung der Arbeiter und der Unternehmer zu den Tarifverträgen.

Die Tarifverträge stehen augenblicklich wieder im Vordergrund des Interesses. Schon oft sind wegen dieser Frage die Gemüter leidenschaftlich erregt worden. Es mußten bewogen ererbterter Kämpfe ausgesprochen werden. Das Gros der organisierten Arbeiter stand dem Abschluß von Tarifverträgen noch bis vor einem Jahrzehnt nicht nur ablehnend, sondern direkt feindlich gegenüber. Das selbe trifft zu auf die Unternehmer. Es gab in beiden Lagern zwei Richtungen, deren Anschauungen sich hier diametral gegenüberstanden.

*) Wer sich für die ungemein aktuelle Frage interessiert, dem sei die überaus reichhaltige Literatur über Tarifverträge zur Verfügung empfohlen. Wir nennen als empfehlenswerteste folgende Schriften:

Der Tarifvertrag im Deutschen Reich. 3 Bde. Bearbeitet im Kaiserlich Statistischen Amt.
 Adolf Braun: Die Tarifverträge und die deutschen Gewerkschaften.
 Fanny Imle: Gewerbliche Friedensdokumente. Entstehung und Entwicklung der Tarifgemeinschaften in Deutschland.
 Ludwig Reichäuser: Zur Geschichte des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

Die Ursachen des Für und Wider waren indessen auf beiden Seiten andere. Von der Mehrheit der Arbeiter wurden die Tarifverträge abgelehnt, weil sie darin „Friedensdokumente“ sahen. Weitere wichtige Gründe lauteten: Das Interesse an den Organisationen wird vernichtet, der Klassenkampfstandpunkt geht verloren, solche Verträge führen zur Versumpfung und Harmonieduselei. Die Gegner in Unternehmerkreisen behaupteten umgekehrt, daß durch den Abschluß von Tarifverträgen die Verbände eine größere Werbekraft erhalten, ihre Klassen wesentlich gestärkt und dementsprechend ihre Kampffähigkeit bedeutend gesteigert würde. Diese Ansichten haben sich wesentlich gewandelt. Doch ist die Frage über den Wert und die Zweckmäßigkeit der Tarifverträge auch heute noch nicht geklärt. Die Vorgänge der letzten Zeit — der drohende Konflikt in der deutschen Holzindustrie, der im letzten Augenblick noch abgemindert werden konnte, und der ausgebrochene Nietenkampf im deutschen Baugewerbe — haben sich wie ein mitternächtlicher Spuk in den Gang der Entwicklung gestellt. Es hat sich gezeigt, daß den Unternehmern der Abschluß von Tarifverträgen nicht Selbstzweck ist, sondern nur Mittel zum Zweck, und zwar zu dem Zweck, die organisierte Arbeiterschaft niederzuzwingen.

Doch hören wir erst einmal, welche Wandlungen die Ansichten über die Tariffrage durchgemacht haben. Eine historische Reminiscenz dürfte gerade gegenwärtig anbracht sein. Als im Jahre 1896 der Buchdrucker-Verband einen Tarifvertrag mit fünfjähriger Dauer abgeschlossen hatte, erob sich ein Sturm der Entrüstung in dem Blätterwald der Arbeiterpresse und in den Versammlungen der Arbeiter. Das Leipziger Gewerkschaftskartell gelangte bei seiner Stellungnahme in dieser Angelegenheit zur Annahme folgender Resolution:

„In Erwägung, daß die Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Interessen und die Weiterentwicklung der Organisation schädigt, ist diejenige Gewerkschaft, die diesen Standpunkt vertritt, als nicht auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung stehend zu betrachten. Da nun aber das Leipziger Gewerkschaftskartell auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, werden derjenigen Delegation jeder Gewerkschaft anerkannt, welche obigen Anforderungen entsprechen.“

Das Kartell beschließt: diejenigen Vertreter der Buchdrucker, welche Anhänger der Tarifgemeinschaft sind, insoweit sie auf kirchlich-dunderschem Standpunkt stehen, nicht anzuerkennen, da diese Bestrebungen mit denen des Kartells nicht in Einklang zu bringen sind.“

Diese Resolution gibt die Auffassung wieder, die damals und noch viele Jahre später bei der organisierten Arbeiterschaft in der Frage bestand. Innerhalb der Buchdruckerorganisation kam es zu ernsten Kämpfen, die zur Abspaltung und Bildung einer Sonderorganisation der mit dem Abschluß des Tarifvertrages unzufriedenen Minderheit führten.

Im „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ erschien 1897 in der Nummer 22 ein längerer Artikel: „Tarife und Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe“, in dem die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Erwiderung der Ausführungen des Leipziger Gewerkschaftskartells ihren Standpunkt dahin darlegt, daß die Tarifgemeinschaften „als ein Punkt weiterer Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung betrachtet werden, wenn sie aus der durch wirtschaftliche Kämpfe oder durch Stärke der Organisation herbeigeführten Machtposition entspringen.“ „Die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaftsorganisationen werden zu Vereinbarungen mit den Unternehmern nur dann kommen, wenn sie durch den wirtschaftlichen Kampf eine Machtposition und die Gleichberechtigung erlangen haben.“ „Die Gewerkschaften, getragen von dem Geiste der modernen Arbeiterbewegung, streben dahin, eine Macht im wirtschaftlichen Kampfe zu werden und von Macht zu Macht mit dem organisierten Unternehmertum zu unterhandeln und zu Vereinbarungen und Tarifgemeinschaften zu kommen. Das wird aber weitere Kämpfe nicht ausschließen, wie dies auch die Geschichte der englischen Gewerkschaften und des Buchdruckerverbandes ausweist. Solange die bürgerliche Gesellschaft, solange die moderne Produktionsweise besteht, werden die wirtschaftlichen Kämpfe, mit oder ohne zeitweilige oder dauernde Tarifgemeinschaft oder Vereinbarung, nicht aufhören.“ Organisationen, welche diesen Standpunkt nicht vertreten, sind verurteilt, zugrunde zu gehen oder einflusslos dahinzubvegetieren. Deswegen erscheint uns, gerade vom Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung, das Vorgehen gegen Organisationen nicht angebracht, welche durch Jahrzehnte hindurch geführte Kämpfe den Nachweis geführt haben, daß sie nicht nach „kirchlich-dunderschem“ Muster, sondern durch die in der Natur des gewerkschaftlichen Kampfes liegenden Bedingungen zu Tarifvereinbarungen kommen, selbst wenn diese nicht den Wünschen aller interessierten Kreise entsprechen.“

Hier werden also schon seitens der Generalkommission die Tarifvereinbarungen bedingt anerkannt. Doch wird diese Auffassung noch nicht allgemein geteilt. So lehnt z. B. der vom 4. bis 6. August 1897 abgehaltene Kongreß der Tapezierer Deutschlands in einer Resolution diesen Standpunkt ab.

Ein allmählicher Umschwung der Anschauungen auf Arbeiterseite tritt erst ein, als auf dem 3. Gewerkschaftskongreß zu Frankfurt a. M. vom 8. bis 13. August 1899, wenn auch erst nach heftigen Auseinandersetzungen, in der Frage der Tarifgemeinschaften folgende Resolution zur Annahme gelangt:

„Tarifliche Vereinbarungen, welche die Löhne und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erachten und in den Berufen erprobenswert, in welchen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten. Dauer und Umfang der jeweiligen Vereinbarungen lassen sich nicht schematisieren, sondern hängen von den Eigenheiten des Berufes ab.“

Die organisierten Arbeiter machen sich nach und nach diese Auffassung von dem Wesen der Tarifverträge zu eigen, und die festige Feindschaft gegen den Abschluß von tariflichen Arbeitsverträgen verschwindet.

Die Maurer lehnten bis zum Jahre 1898 den Abschluß von Tarifverträgen gleichfalls ab. Erst seit dem 5. Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer im Jahre 1899 ist eine Veränderung in der Stellungnahme hinsichtlich des „korporativen Arbeitsvertrages“ durch Annahme folgender Resolution zu verzeichnen:

„Es handelt sich bei der gewerkschaftlichen Bewegung und Organisation in der Hauptsache um zweierlei: einmal um die Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und sodann darum, möglichst sichere Garantie dafür zu schaffen, daß diese Bedingungen auch respektiert und erfüllt werden, so lange, bis auf Grund besonderer Vereinbarung andere an ihre Stelle treten. Stets hat die gewerkschaftliche Organisation das entscheidende Gewicht darauf gelegt, daß sie als gleichberechtigter Faktor die gebührende Anerkennung seitens der Arbeitgeber findet, daß sie die Arbeitsbedingungen, den Lohn, die Arbeitszeit usw. regelrecht und regelmäßig mit den Unternehmerkoalitionen vereinbart, damit Streiks möglichst vermieden werden.“

Niemals hat die gewerkschaftliche Organisation auf dem Standpunkt gestanden, daß möglichst viele, regelmäßig alle Jahre wiederkehrende Streiks um die Arbeitsbedingungen notwendig seien. Im Gegenteil, die organisierte Arbeiterschaft hat diejenigen Unternehmerkoalitionen, welche die Arbeiterorganisation als gleichberechtigten vertragsschließenden Faktor nicht anerkennen und auf das Recht pochen, die Arbeiter von ihrer willkürlichen

Entscheidung abhängig zu machen, stets in härtester Weise, und zwar mit Recht beurteilt.

In Erwägung dessen erklärt der fünfte Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands eine Vereinbarung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zwischen Arbeitern und Unternehmern nicht allein mit den Prinzipien der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung für vereinbar, sondern für unbedingt notwendig und auch im Interesse sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter liegend.

Den Verbandsstellen allerorts wird die Verpflichtung auferlegt, bei Ueberreichung etwaiger Forderungen und Wünsche an die Unternehmer auch um Unterhandlungen nachzusuchen und, falls am Ort eine Unternehmerorganisation besteht, von dieser zu verlangen, mit der Gewerkschaftsorganisation einen korporativen Arbeitsvertrag von ein- bis höchstens zweijähriger Dauer abzuschließen, mit der Maßgabe, daß nach Ablauf des Vertrages die beiderseitigen Organe zusammentreten, um über Verlängerung des Vertrages bezw. Aenderung desselben Beratung zu pflegen und vorbehaltlich der Genehmigung der Mandatgeber Vereinbarungen zu treffen.

Als selbstverständlich wird es betrachtet, daß abgeschlossene Verträge auch beiderseitig gehalten werden müssen.“

Es wird dann in der Resolution noch Vernehmung eingelegt gegen die Behauptung des Vorsitzenden des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister, daß die Arbeiter sich an die abgeschlossenen Tarifverträge nicht gebunden hielten, sondern jede sich bietende Gelegenheit benutzten, diese zu durchbrechen.

Ob die Arbeiter mit weit mehr Recht nicht die gleichen Klagen hätten erheben können? Jedenfalls hat sich mit den Jahren in der Beziehung viel gebessert, was von beiden Seiten unumwunden zugegeben wird.

Bei den Arbeitgebern ist die Stellungnahme zu den Tarifverträgen noch heute keine völlig einheitliche. Für die sogar überwiegend ablehnende Haltung werden zahlreiche angeblich gewichtige Gründe vorgebracht. Am schärfsten hat der Zentralverband deutscher Industrieller zuletzt im Mai 1905 seinen ablehnenden Standpunkt in folgender Resolution niedergelegt:

„Der Zentralverband deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer geistlichen Fortentwicklung überaus gefährlich. Die Tarifverträge nehmen ebensoviel dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung jedes Unternehmens notwendige Freiheit der Entscheidung über die Verwendung seiner Arbeiter, als sie auch die einzelnen Arbeiter unvermeidbar unter die Herrschaft der Arbeitgeberorganisationen bringen. Die Tarifverträge sind nach der Ueberzeugung des Zentralverbandes, wie auch durch die Erfahrungen in England und Amerika voll bestätigt, schwere Hindernisse der technischen und organisatorischen Fortschritte der deutschen Industrie. Aus diesem Grunde bedauert der Zentralverband insbesondere auch die Entschließung der königlich bayerischen Staatsregierung vom 2. März d. J., die den Abschluß von Tarifverträgen als eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten bezeichnet.“

Diese Resolution ist Geist vom Geist der Scharfmacher. Es sind die Herren von der „schweren“ Industrie, die Rirdorf, Stinnes, Thyssen und Konsorten, die hier ihrem Haß gegen die Arbeiter im allgemeinen und gegen die Arbeiterorganisationen im besonderen die Fägel schießen lassen. Und wie die Gewaltigen der rheinisch-westfälischen Montanindustrie die bayerische Regierung in die Schranken weisen, das ist ein Schauspiel für Götter. Den Vertretern der königlich bayerischen Staatsregierung fährt denn auch der Schred gewaltig ins klapprige Gebein. Der Erlaß an die Gewerbeinspektoren wird rektifiziert, so daß weiter nichts übrig bleibt als einige leere Redensarten, die zu nichts verpflichten.

Auf der 5. Arbeitsnachweis-Konferenz der Arbeitgeberinnung zu Bernried im Herbst 1904 kam der Referent für die Tarifverträge zu einem dieß abnehmenden Ergebnis. Er führte aus, „für die Tarifgemeinschaft spräche allenfalls die Möglichkeit, die Schmutzkonkurrenz damit zu verringern und den Frieden im Gewerbe auf einige Zeit zu sichern. Beide Punkte aber seien unsicher und ließen sich bei gutem Willen und festem Zusammenhalt der Arbeitgeber auch auf anderen Wegen erreichen.“ Gegen die Tarifgemeinschaft aber sprächen sechs Punkte:

1. Durch den Tarifvertrag wird der Arbeitgeber, nicht aber der Arbeiter gezwungen gebunden.
2. Die Auffassung großer Gewerkschaftsklassen erhöht die Streikgefahr nach Ablauf des Tarifs; auf eine kurze Zeit scheinbaren Friedens folgt fast sicher ein um so härterer Kampf.
3. Die Dispositionsfähigkeit des Unternehmers wird in erheblicher Weise beschränkt, die Existenzfähigkeit mancher Industriezweige in Frage gestellt.
4. Die Durchführbarkeit eines Tarifvertrages ist für viele Erwerbszweige fraglich. Je mehr unsere Industrie zum Kunstgewerbe oder zum technisch hochspezialisierten Gewerbe sich entwickelt — und die Konkurrenz auf dem Weltmarkte schreibt diese Entwicklung vor —, desto geringer wird die Möglichkeit, Tarifverträge durchzuführen.
5. Die Tarifgemeinschaften werden von den sozialdemokratischen Gewerkschaften als ein Mittel zur Ausdehnung ihres Einflusses gebraucht und müssen daher eine gefährliche Waffe gegen das Unternehmertum werden.
6. Die Tarifverträge sind durch Einführung des Mindestlohnes und durch Verringerung der Arbeitszeit geeignet, die Leistungen der Arbeiterschaft wesentlich herabzudrücken.

Im offenen Gegensatz hierzu stehen die Scharfmacher im Baugewerbe und der Holzindustrie. Die Berliner Holzindustriellen haben wiederholt mündlich und schriftlich erklären lassen: „Ohne Tarifvertrag kein Arbeitsverhältnis.“ Auch hier haben die Unternehmer durch ihre Taktik erreicht, daß nach einigen Jahren alle Verträge gleichzeitig ablaufen. Der Lonangehende im Baugewerbe, der preussische Landtagsabgeordnete Baumeister Felisch, hat sich nicht nur für den Abschluß von Tarifverträgen ausgesprochen, sondern er unterbreitete den Unternehmern auch ein von ihm entworfenes Vertragsmuster. Auf der Generalversammlung des „Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“ in Frankfurt a. M. am 31. Oktober 1901 wurde folgende Resolution des Vertreters des Berliner Lokalverbandes als Referenten angenommen:

„Nützige, friedliche Arbeitsverhältnisse auf der Grundlage gütlichen Uebereinkommens sind das erstrebenswerte Ziel. Die Mängel der Tarifgemeinschaft treten gegen ihre Vorzüge zurück. Ein Vertragsabschluß ist immer zu empfehlen. Die Bauherren sind keine Feudalherren, man kann die Arbeiter in unserem Gewerbe nicht so von oben herab behandeln. Die Arbeiterschaft ist als gleichberechtigt anzuerkennen. Der Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen darf nichts im Wege stehen. Der beste Boden, auf dem sich friedliche, geordnete Arbeitsverhältnisse aufbauen lassen, sind beiderseits starke Organisationen, diese geben die alleinige Gewähr für Innehaltung des Vertrages.“

Diese Resolution ist noch heute die Richtschnur des „Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“. Es ist den Führern dieser Arbeitgeberorganisation gelungen, sämtliche früheren Augenfeiter unter einen Hut zu bringen.

Daß der Abschluß von Tarifverträgen und die Innehaltung der abgeschlossenen Verträge beiden Kontrahenten zum Vorteil gereicht, geht aus einer Notiz der „Süddeutschen Zimmermeisterzeitung“ hervor, die für das Zimmergewerbe schrieb: „Wenn es dahin käme, auch zwischen dem Verband deutscher Zimmermeister und dem Verband der Zimmergesellen eine derartige Lohnvereinbarung für das ganze Deutsche Reich festzusetzen, dann bräuchten die Meister das Schreckgespenst der fortwährenden Lohnherabsetzung nicht zu fürchten,“

Die hätten für ihre Kalkulation eine gesicherte Grundlage und würden außerdem die Gesellen zur Mitarbeit bei der Hebung des ganzen Standes gewinnen, da die Gesellen sich verpflichten müssen, nur bei Meistern in Stellung zu treten, und zwar bei solchen, welche den vereinbarten Lohn tarif zahlen.

Man vergleiche diese Auslassungen mit dem augenblicklichen Verhalten der Bauherren und Zimmermeister und dichte sich dann selbst seinen Vers darauf.

Am weitesten ist die Entwicklung der Tarifverträge vorgeschritten im Buchdruckgewerbe. Der beste bestehende Vertrag in Form und Ausgestaltung ist zweifellos der Buchdrucker tarif. Sein Hauptfehler ist die fünfjährige Vertragsdauer. Aus diesem Grunde kann der Buchdrucker tarif auch nicht zur Nachahmung empfohlen werden. Daß sich im Buchdruckgewerbe der Tarifvertrag zu dieser vollendeten Form entwickelt hat, braucht den Kenner der Verhältnisse nicht zu wundern. Schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts waren die Buchdrucker die Träger und tatkräftigen Verfechter des sozialen Gedankens. Bei der Mehrzahl der heute im Buchdruckgewerbe Beschäftigten ist das soziale Empfinden merklich abgebläht.

Vor 62 Jahren, im April 1848, legten die Berliner Gehilfen dem Prinzipal-Komitee folgende Forderungen in Form eines Tarifvertrages vor:

1. Zehnstündige Arbeitszeit,
2. Minimallohn von 5 Talern,
3. Verbot der regelmäßigen Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit,
4. 50 Proz. Aufschlag auf Ueberstunden oder 4 1/2 Silbergroschen für eine Ueberstunde,
5. Entschädigung von 1 1/2 Silbergroschen pro Stunde für Warten auf Beschäftigung,
6. wöchentliche Auszahlung des Lohnes am Freitag innerhalb der Arbeitszeit,
7. Bildung eines Tarif-Schiedsgerichts,
8. Wiedergewährung eines Aushängeemplars.

Wegen dieser Forderungen kam es zum Ausstand, der durch Vermittelung des Magistrats beigelegt wurde.

Vom 11. bis 16. Juni 1848 tagte in Mainz die „erste Versammlung der deutschen Buchdrucker“, an der 44 Abgeordnete teilnahmen. Die Versammlung richtete an die Frankfurter Nationalversammlung eine Petition, in der die allgemeinen Forderungen der Buchdrucker, wie folgt, formuliert wurden:

„Wir, beauftragt und gesendet von 141 Städten, wir 12000 Wähler, legen einer hohen Versammlung die Resultate unserer Beratung vor, und zwar zunächst diejenigen Punkte, welche die Arbeiter im allgemeinen betreffen, und sind dieselben in folgenden Anträgen zusammengefaßt:

1. Gründung eines deutschen Arbeiterministeriums, gewählt durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
2. Abschaffung der Ausnahmegeetze, die den Arbeiter allein treffen, namentlich in bezug auf das Wandern und die Niederlassung.
3. Ueberwachung des Lehrlingswesens:
 - a) hinsichtlich der Zahl, besonders in solchen Geschäften, die mit Maschinen arbeiten, als Hauptzweck aber: die überflüssigen Arbeitskräfte eines Geschäftes anderen zuzuführen, die deren bedürfen,
 - b) Schutz derselben gegen Willkür und moralisches Verderben, namentlich durch Gründung von Vereinen nach Art der Gesellenvereine.
4. Regulierung des Maschinenwesens in Deutschland und Beschränkung desselben insoweit, als dasselbe ohne allgemeinen Nutzen zur Bereicherung des einzelnen dient und als es die Konkurrenz des Auslandes erlaubt.
5. Erlaß eines Gesetzes, welches bestimmt, daß ein Geschäft nur von denen betrieben wird, die dasselbe erlernt haben.
6. Aufforderung an die verschiedenen geschäftsverwandten Arbeiter Deutschlands zur Vereinigung behufs der Feststellung ihrer Arbeitspreise und zur Gründung von Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Wittwenkassen nach dem Muster der Buchdrucker und Gewährung von Staatsmitteln zur Gründung derselben.
7. Anerkennung der Kompetenz des Arbeiters, seine Verhältnisse selbst zu regulieren.
8. Protest der Nationalversammlung an die betreffenden Regierungen gegen Ausweisung und Verfolgung solcher Arbeiter, die sich die Lösung der Arbeiterfrage zur Aufgabe gemacht haben.

Abgesehen von dieser Petition, deren spezielle Forderungen auch weiter unten wiedergegeben werden, war das Hauptprodukt der Mainzer Beratung die Schaffung eines „Nationalen Buchdrucker-Vereins“. Dieser sollte aus Haupt- und Zweigvereinen bestehen. Jeder Gehilfe, der in einer Vereinsdruckerei ausgelehrt, ebenso Prinzipale und Faktore, sollten die Mitgliedschaft des Vereins erwerben, dessen Hauptzweck im § 1 des „Statuts“ ausgedrückt wird: „Hebung und Sicherstellung des materiellen und geistigen Wohles.“ Außerdem wurde beschlossen, eine Widerstands- oder Streikliste, ferner Vorkassens-, Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Wittwenkassen ins Leben zu rufen. Schiedsgerichte und schließlich das Zentral-Komitee sollten Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Gehilfen schlichten. Die Zahl der Sezer- und Druckerlehrlinge wurde genau fixiert, ein Sezer- und Drucker tarif entworfen, und zur Durchführung aller dieser Beschlüsse wurden bestimmte Repräsentanten von vornherein festgesetzt. Diese Repräsentanten sollten darin bestehen, daß sämtliche Gehilfen am 1. August 1848 die Kondition derjenigen Prinzipale verlassen sollten, welche sich den Mainzer Beschlüssen nicht fügen und durch ihre Isolierung auf Kosten der vereinigten Buchdrucker fortbestehen sollten bezw. sich zu bereichern gedächten. Diejenigen Buchdruckereien, welche in den Verhältnissen der freien Konkurrenz fortbestehen wollen, sollen in Nichtacht erklärt und im „Gutenberg“ zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden. Gehilfen, welche den Beschlüssen der Mainzer Versammlung nicht nachkommen sollten, werden aus den bestehenden Kassen ausgeschlossen, zur Kondition in Vereinsdruckereien nicht mehr zugelassen und ihnen überhaupt jedwede Unterstützung entzogen.

Daß diesem Vorgehen der Gehilfen die Reaktion der Prinzipale auf dem Fuße folgte, ist leicht erklärlich. Die Unternehmer setzten denn auch den Beschlüssen der Mainzer Versammlung, die die ersten Forderungen nach Aufstellung eines gemeinsamen Tarifs enthielten, großen Widerstand entgegen. In der „Allgemeinen Zeitung“ erklärten am 24. Juli 1848 neunzig Druckfirmen, daß sie die Mainzer Beschlüsse nicht respektieren könnten, und eine nach Leipzig berufene Prinzipalversammlung beschloß, daß unter Strafe von 50 Talern die Erschienenen keine Gehilfen einstellen sollten, der den Mainzer Beschlüssen zur Geltung verhelfen wolle.

Am 1. August legten die Gehilfen in einer Reihe von Städten die Arbeit nach dem gefaßten Beschluß nieder, aber das Zentral-Komitee des Nationalen Buchdruckervereins ließ die angeordneten Repräsentanten nicht eintreten. Zum 27. August 1848 berief es vielmehr eine gemeinsame Versammlung der Prinzipale und Gehilfen nach Frankfurt a. M. ein, um über neue Vorschläge und Durchführung der früheren Beschlüsse zu beraten. Und in den 60er Jahren geriet dann die Buchdruckerbewegung überhaupt ins Stocken.

Später stellt die Buchdrucker wiederholt tarifliche Forderungen, und es kam zwecks Durchführung derselben fortwährend zu Lohnbewegungen. Infolge dieser Lohnbewegungen faßte der Prinzipalverein am 3. Dezember 1872 folgenden Beschluß:

„Wenn in irgend einer Stadt von seiten unter sich vereiniger Gehilfen eine Arbeitseinstellung mit oder ohne Kündigung erfolgt und fortbesteht, trotzdem die Kommission der Vertrauensmänner den Standpunkt der Prinzipale gerechtfertigt findet, so tritt der Gesamtverein zum Schutz der gefährdeten Vereinsmitglieder ein, indem an einem und demselben Tage im ganzen Gebiete des Deutschen Buchdruckervereins die Vereins-

offizinen allen Gehilfen kündigen, die einer Verbindung angehören, welche den betreffenden Streit veranlaßt hat oder unterstützt.“

Es gibt nichts Neues unter der Sonne. Wir haben in dieser Resolution einen regelrechten Aussperrungsbeschluß, den anscheinend die würdigen Epigonen der damaligen Arbeiterfeinde, die Leiter der heutigen Scharfmacherverbände, nur nachgeahmt haben. Trotzdem die Gehilfen während der Hochkonjunkturperiode anfangs der 70er Jahre ihre tariflichen Forderungen mittels Streiks durchzusetzen versuchten, gelang den Prinzipalen die Aussperrung ebenjowenig, wie einige Jahrzehnte früher den Gehilfen der Generalstreik. In fortgesetzten Kämpfen sind die Buchdrucker schließlich zu ihrem jetzigen Tarifvertrag gekommen.

Diese Ausführungen zeigen wohl zur Genüge, daß die Buchdruckergehilfen schon vor einem Menschenalter und früher an der Lösung der Arbeiterfrage und des sozialen Problems überhaupt tatkräftig gearbeitet haben.

Mit diesen Auszügen aus der Fülle vorhandenen historischen Materials wollen wir abbrechen. Es soll nun noch ganz kurz auf die rechtliche Seite der Tarifverträge eingegangen werden. Das ist zweifellos die schwierigste Seite des Problems. Einer gesetzlichen Regelung der Frage kann man nur äußerst skeptisch gegenüberstehen. Wir haben in Deutschland nicht nur eine Klassenjustiz, sondern, was noch weit bedenklicher ist, auch eine Klassengegesetzgebung. Wenn zum Beispiel der Firma Bethmann, Hollweg und Co. im Verein mit dem schwarz-blauen Schnapsbrot der Ritter und Heiligen, zu den sich in diesem Falle noch die Fraktion Drehscheibe gesellt, die Lösung des Problems übertragen werden sollte, so käme für die Arbeiter sicher wenig Ersprießliches heraus.

Am deutlichsten zeigt eine Auslassung von Dr. Koepe in „Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“, was man mit der gesetzlichen Regelung bezweckt. So fordert er unter anderem nicht nur „die authentische Feststellung und die gerichtliche Registrierung der Tarifverträge, sondern auch, daß die Gesetzgebung die Zuständigkeit wie des Inhalts der Tarifverträge gerichtlich festgelegt wird“. Die Geschichte des § 153 der Gewerbeordnung hat uns den Glauben an die Inparteilichkeit vieler Richter genommen. Eine große Anzahl von ihnen stehen der Arbeiterbewegung nicht bewußt, wohl aber instinktiv feindlich gegenüber. Aus diesem Grunde können sie uns als eine Instanz wenig erwünscht sein, wie Dr. Koepe sie haben will.

Wiel bedeutungsvoller ist die Gefahr, daß man — und dies will nicht nur Dr. Koepe — die Verbände mit ihrem Vermögen für Vertragsverletzungen, die sie oder ihre Mitglieder begehen, haftbar machen will. In England hat man versucht, mit diesem Mittel die ganze Tätigkeit der Gewerkschaften lahmzulegen, und es bedurfte dort eines langjährigen, opferreichen Kampfes, um diese Gefahren abzuwenden. Um wieviel gefährlicher muß erst bei dem deutschen Richteramt eine solche Bestimmung werden. Die Befürworter der gesetzlichen Regelung behaupten allerdings, daß auch die Unternehmer haftbar gemacht werden können. Das Wort eines früheren preussischen Justizministers: „Wenn zwei daselbst tun, so ist es nicht daselbst“ ist noch nicht vergessen; es bleibt auch immer in Erinnerung, weil bei unzähligen Prozessen danach verfahren wird. Dr. Koepe stellt acht Gesichtspunkte auf, die bei der gesetzlichen Regelung der Materie zu berücksichtigen sind und die die Unterlegen dafür schaffen sollen. Der wichtigste ist der siebente, er heißt:

„Die beiderseitigen Berufsverbände haften mit ihrem Vermögen für Vertragsverletzungen, die von einem der kontrahierenden Verbände selber oder von einzelnen Mitgliedern derselben begangen werden und vermögensrechtliche Nachteile für den anderen Verband oder für Mitglieder desselben zur Folge haben. Voraussetzungen und Umfang der Regressansprüche des im letzteren Falle erschaftspflichtigen Verbandes gegen das ihm zugehörige Mitglied sind durch besondere Bestimmungen des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit eingetragener Berufsvereine zu regeln.“

Das sind Gefahren, die uns drohen und die uns bei ihrer Verwirklichung mehr Schaden zufügen müssen als alle Aussperrungen der Unternehmer. Deshalb ist es besser, wenn die Arbeiter auf die gesetzliche Regelung der Frage verzichten. Wenn der zu erwartende Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit eingetragener Berufsvereine für die Gewerkschaften die Materie so regeln sollte, dann wäre dieses Gesetz mit seinen der Arbeiterbewegung drohenden Fallstricken und Fußangeln seitens der Arbeitervertreter unbedingt abzulehnen.

Daß die Tarifverträge keine „Friedensdokumente“ sind, beweisen die Vorgänge der letzten Zeit zur Genüge. Die gewerkschaftlichen Kämpfe gewinnen an Ausdehnung und Bedeutung. Deshalb können die Tarifverträge als ein Mittel angesehen werden, das geeignet ist, den Kampfcharakter der Gewerkschaften zu stärken. Jedenfalls aber bedarf gegenüber der Aussperrungswut der Unternehmer die Taktik der Gewerkschaften einer vollständigen Aenderung. Das eine ist indessen heute schon sicher: die Gewerkschaften werden auch aus diesen Kämpfen gestärkt hervorgehen.

Wahrheitsliebe und Streiktaktik der „Hirsche“.

Man schreibt uns aus Plauen i. V.: Die Hirsch-Dunderschen Patentstrategen haben bekanntlich bei dem Streit der Schiffensticker in Plauen eine mehr als bedenkliche Rolle gespielt. Einwandfrei konnte ihnen nachgewiesen werden, daß sie unter der glorieichen Leitung ihres „Hauptstreichführers“ Müller-Spremburg insofern Arbeiterverrat geleistet haben, als sie in Betrieben, in denen die Mitglieder des Verbandes streikten, ihrerseits „Verträge“ abschlossen und dann die Stellen der Streikenden besetzten. Nicht etwa nur in einem, sondern in einer Anzahl Betrieben. Mit großem Aufwand von Entrüstung und Drüderschwärze verwahrten sich die Hirsche und vor allem Herr Müller gegen diesen Vorwurf. Sie hätten keinen Streibbruch begangen, denn die „Hirsche“ arbeiteten alle zu Tariflöhnen. Die Streikbrecher seien einzig und allein unter den Verbändlern zu suchen, ja, sogar eine ganze Anzahl Vertrauensmänner des „sozialdemokratischen Verbandes“ seien zu Streikbrechern geworden. Da könne man mit Namen dienen. Ueber die Taktik der „Hirsche“ nun brauchen wir ein weiteres Wort nicht zu verlieren, in den Augen jedes anständigen Arbeiters kann und wird dieselbe als nichts anderes denn als organisierter Streibbruch angesehen werden. Selbstverständlich halten wir unsere Angaben vollinhaltlich aufrecht.

Wenn der große Müller-Spremburg seinen kleinen Nachbarn in Plauen den Wären aufgebunden hat, das sei kein Streibbruch, und sie ihm dies geglaubt haben, so bewundern wir zwar einigermaßen ihre Naivität, halten ihnen aber den milbernden Umstand zugute, daß sie ja noch niemals große Lichter waren und von gewerkschaftlichen Kämpfen und gewerkschaftlichem Pflicht- und Anstandesgefühl verflucht wenig Ahnung haben.

In einem langen Sermon beruhen nun die Plauener „Hirsche“ ihre Handlungsweise, die sie wohl nun langsam selbst im stillen als — nun sagen wir vertroffen, erkannt haben, der Öffentlichkeit gegenüber zu verdeden, indem sie den Nachweis erbringen, daß auch Verbändler Streibbruch verübt haben. Man veröffentlicht endlich die langversprochenen Namen der „streikbrechenden Verbändervertrauensmänner“. Aber o weh! Bei Nachprüfung der Hirsch-Dunderschen Behauptungen stellen sich diese wiederum als Gesunkter heraus. Von den genannten Personen sind nur zwei, zwar nicht als Vertrauensmänner, aber als unsere Mitglieder anzuerkennen. Diese beiden haben aber nicht als Streikbrecher gearbeitet, sondern haben im Gegenteil in Betrieben, in denen es

mangels einer Organisation nicht zur Arbeitseinstellung kam, trotzdem die Arbeit eingestellt und während des Streiks nicht gearbeitet, obwohl in diesen Betrieben an eine Durchführung unserer Forderungen überhaupt nicht zu denken war, haben also aus reiner Solidarität gehandelt. Alle übrigen, die man uns an die Hirsche hängen will, waren weder bei Ausbruch des Streiks, noch nach demselben Mitglieder unserer Organisation. Diese überlassen wir auch gern den „Hirschen“, die ja nach der Aeußerung ihres großen Müllers nur diejenigen organisieren wollen, welche aus irgend welchen Gründen dem Verband nicht beitreten wollen. (Merkt Du was?)

Auch die übrigen Angaben stehen auf derselben Höhe. So haben bei der Firma Säger alle organisierten Sticker und Aufpasserinnen die Arbeit eingestellt und vor Beendigung des Streiks nicht wieder aufgenommen. Auch bei der Firma Rammen streikten eine Anzahl der organisierten Sticker; die paar Stehengeliebten haben selbstredend ihre Mitgliedschaft bei uns gelöst und sind wohl zum Teil, wie solche von der Firma Hartmann, dem Gewerksverein beigetreten.

Auf derselben Höhe steht die Behauptung, daß ein Mitglied des Verbandes, namens Br., die Aeußerung gebraucht habe, die da oben freffen sich nur die Wäuche an. Warum denn nicht den vollen Namen? Bei Durchsicht unserer Mitgliederliste stellt sich heraus, daß wir nur ein Mitglied haben, dessen Namen diese Anfangsbuchstaben hat. Im eigenen Interesse der Gewerksvereiner möchten wir ihnen aber nicht raten, diesem die Aeußerung zu unterstellen, sie könnten dabei etwas erleben. usw. usw.

Zum Schluß noch eins. Die „Hirsche“ haben, wie es scheint, noch nicht begriffen, daß es ein Unterschied ist, ob ein Mitglied einer Organisation Streibbruch verübt oder ob von der Organisation offiziell diese Handlung begangen wird. Keine Organisation kann für die Handlungen eines einzelnen Mitgliedes verantwortlich gemacht werden, sofern es diese nicht anordnet oder gut heißt. Noch auf absehbarer Zeit hinaus werden alle Organisationen damit rechnen müssen, daß es unter ihren Mitgliedern welche gibt, die eventuell diese Tat einmal begehen können.

Wenn aber, wie es in Plauen geschehen, der anerkannte Führer der Organisation, in diesem Falle Herr Müller, Tarife abschließt in Betrieben, die ihn nichts angehen, und dann die Stellen der Streikenden mit seinen eigenen Leuten besetzen läßt, so ist dies eben etwas ganz anderes. Wenn man nicht in solche Verlegenheiten kommen will, dann muß man sich eben Führer anschaffen, die wenigstens einigermassen Verständnis von gewerkschaftlichen Kämpfen besitzen.

Herr Müller hat denn wohl auch seine Rolle in Plauen endgültig ausgefüllt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in Folge der Tätigkeit Müllers verschiedene Arbeitgeber sich bemühen, ihre Arbeiter der Hirsch-Dunderschen Organisation zuzuführen.

Wahrhaftig, eine mehr als zweifelhafte Anerkennung der Tätigkeit einer Organisation.

Eine Unterhaltung zwischen Vater und Sohn.

Was ist Sozialismus?

Sohn: Vater, sage mir doch einmal, was Sozialismus ist; ich habe zwar, wie ich glaube, eine dunkle Ahnung davon, doch recht klar will mir die Sache nicht werden.

Vater: Da kann Dir geholfen werden. Ich möchte zwar auch kein soziales System vor Dir aufrollen — das würde zu weit führen —, glaube Dich aber doch über den Kern jedes sozialen Systems aufklären zu können. Sozialismus ist der gesellschaftliche Betrieb der Arbeit und die gesellschaftliche Verteilung der Arbeitsergebnisse.

Sohn: Ich denke, Vater, daß die Arbeit doch jetzt auch durch die Gesellschaft betrieben wird. Und werden nicht die Arbeitsergebnisse jetzt auch durch die Gesellschaft verteilt?

Vater: So ist es; doch unter dem Sozialismus wird die Gesellschaft Funktionen zu erfüllen haben, die viel mehr einen gesellschaftlichen Charakter tragen werden, als es jetzt der Fall ist. Jetzt geschieht zwar alles innerhalb der Gesellschaft, aber die Handlungen, die uns vor Augen treten, sind individuelle, keine gesellschaftlichen, denn jeder handelt nach Gutdünken für sich, unbekümmert um die anderen, und alle kümmern sich nicht um alle, sondern nur um sich selber. Das schlimmste an dem jetzigen Zustande ist, daß der Arbeiter für seine Arbeit nicht so viel bekommt, wie er nach dem Arbeitsvertrage bekommen könnte. Jetzt wird die Arbeit zwar auch von der Gesellschaft betrieben, doch jedes Mitglied der Gesellschaft betreibt die Arbeit für sich, und der Ertrag der Arbeit gehört dem, der die Arbeit in die Wege geleitet hat; zum Teil bekommt der Arbeiter in Form von Lohn den Ertrag der Arbeit, doch die Arbeit selbst oder richtiger das Arbeitsergebnis gehört dem, der die Arbeit ermöglicht hat, nicht dem, der sie geleistet hat.

Sohn: Das verstehe ich nicht.

Vater: Gib weiter acht, und Du wirst es bald verstehen. Denke Dir: Jemand mietet einen Arbeitsraum, stellt Arbeitsmittel (Maschinen) darin auf, schafft Rohmaterial an, nimmt Arbeiter an, die bereit sind, das Rohmaterial an den aufgestellten Maschinen zu verarbeiten, aus ihm Gegenstände zu erzeugen, die verkauft werden können. Nehmen wir an, es seien Möbel oder Gewebe, die an den Maschinen erzeugt worden sind. Sie gehören dem, der die Arbeit durch Beschaffung des Arbeitsraumes, der Arbeitsmaschinen, des Rohstoffes ermöglicht hat, also dem Fabrikanten oder Unternehmer, wie man ihn auch nennt; dem, der die Arbeit geleistet hat, dem Arbeiter, gehört nichts. Er hat nur seinen ausbedungenen Lohn zu beanspruchen. Der Fabrikant kann für das Arbeitsergebnis so viel nehmen wie er bekommt; der Arbeiter hat keinen Anteil an dem Gewinn, und wenn der Fabrikant durch die Arbeit des Arbeiters viertel soviel verdient wie der Arbeiter Lohn bekommt. Muß der Fabrikant einmal mit Schäden verkaufen, so geht das dem Arbeiter freilich auch nichts an.

Sohn: Jetzt dämmert's.

Vater: Das Arbeitsergebnis oder der Ertrag aus dem Arbeitsergebnis gehört also nicht dem Arbeiter, der die Arbeit geleistet hat, sondern dem Unternehmer, der die Arbeit nur ermöglicht hat. Freilich kann jeder Arbeiter selber sich die Arbeitsmöglichkeit schaffen. Wenn er jemand findet, der ihm einen Arbeitsraum überläßt, obgleich der Vermieter nicht glaubt, daß der Mann die Miete würde zahlen können, wenn der Arbeiter weiter Maschinen und Rohstoffe auf Kredit bekommt, also ohne zunächst zahlen zu müssen, so kann er arbeiten, und das Arbeitsergebnis gehört dann ihm selber. Ohne Geld bekommt er aber nichts, und deshalb bleibt ihm weiter nichts übrig, als dort in Arbeit zu treten, wo die Arbeitsmöglichkeit schon geschaffen ist. Dort kann er aber nur Lohn für seine Arbeit verlangen. Und der Lohn wird immer nur ein Teil des aus dem Arbeitsergebnis gezogenen Arbeitsertrages sein. Selbst wenn der Unternehmer selber gar nichts zur Arbeit beiträgt, wenn er alle Verfügungen seine Angestellten treffen läßt, so wird er nach Abzug aller Unkosten dem Arbeiter nie soviel Lohn zahlen wie ihm bleibt, sondern immer für sich — für seine Mühe, wie er sagt, obwohl er oft gar keine Mühe hatte — einen Teil behalten. Wegen dieses „Verdienstes“ unterhält er ja nur den Betrieb, nicht etwa, um dem Arbeiter Gelegenheit zu geben, Geld zu verdienen. Weil aber unter diesen Umständen der Arbeiter nie zu dem vollen Ertrage der Arbeit kommen kann, darum ist man auf den Sozialismus verfallen, auf die Gesellschaftsform, unter deren Herrschaft die Arbeit von dem Nichtarbeitenden nicht benutzt werden kann zu seiner Bereicherung. Diese Bereicherung ist den Nichtarbeitenden jetzt nur möglich, weil sie die Arbeitsmittel in ihrem Besitz haben.

Sohn: Und wem werden die Arbeitsmittel unter dem Sozialismus gehören?

Vater: Unter dem Sozialismus werden die Arbeitsmittel der ganzen Gesellschaft gehören, ebenso aber auch der Arbeitsertrag.

Und wenn dann der Ertrag verteilt wird, so bekommt eben jeder so viel, wie auf den einzelnen entfällt, wenn man die Gesamtmenge der Erzeugnisse durch die Zahl der in der Gesellschaft nützlich Tätigen teilt.

Sohn: Was bekommen aber die, welche nichts Nützliches tun? Vater: Wer nichts Nützliches tut, bekommt nichts. Dadurch bekommen alle nützlich Tätigen so viel mehr, wie die Nichttätigen zusammen heute bekommen.

Sohn: Das finde ich nur gerecht. Und nun ist mir auch klar, was der Sozialismus in der Hauptsache bezweckt. Ich verstehe nur nicht, daß es noch Menschen gibt, die dem Sozialismus abhold sind. Entweder wissen sie nicht, was der Sozialismus will, oder sie sind für die jegliche Ungerechtigkeit so eingenommen, daß sie dieselbe aufrechterhalten wollen.

Vater: Es dürfte beides zutreffen. Doch damit Du die Forderung des Sozialismus überall vertreten kannst, merke Dir folgenden Satz, der das bisher Gesagte kurz zusammenfaßt:

Der Sozialismus ist die Gesellschafts- und Arbeitsform, die die jegliche ungerechte geringfügige Abfindung des Arbeiters für seine Leistung, aber auch die ebenso ungerechte hohe Bezahlung des Unternehmers für die bloße Ermöglichung der Arbeit aufheben will.

Der Sozialismus will aber auch die Menschen vom Joch der Arbeit freimachen, indem er die Arbeitsmühe des einzelnen erleichtert, dagegen die Leistung der Gesamtheit steigern will. Daher fordert er, daß jeder arbeitsfähige Mensch arbeiten soll, daher erstreckt er die Verfügung der Arbeitszeit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, daher will er die Naturkräfte in den Dienst der Menschheit spannen und die Technik immer mehr vervollkommen — kurz und gut, er will dem Entwicklungsgefäß dienen, das sich wie ein roter Faden durch die Menschheitsgeschichte hindurchzieht: „Mit einem Minimum von Kraft soll ein Maximum von Erfolg erzielt werden!“

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Der Kölner Streik der Posamentierer steht noch auf seiner gewohnten Höhe. Das Rasenreiferfortschritt reicht nicht aus, um den Unternehmern zum Siege zu verhelfen. Ja, mit dieser Sorte Arbeitswilligen läßt sich eben nur Arbeit machen, die nur an die gewöhnliche Stapelware heranreicht. Welch ein Kontrast gegen früher, wo man sich zur Gewohnheit machte, die unglücklichsten Anforderungen in Ausführung und Arbeitsquantum an die Arbeiter zu stellen. Es mußte aber auch anders kommen. Man ließ streiken, und die Meister haben sich dadurch einen Schlag verfehlt, von dem sie sich nie wieder erholen werden. Besonders hat an Leistungsfähigkeit die Firma Deiters verloren, ihr Nimbus ist hin, ihre Kundenschaft ist unglaublich vermindert. 60 Meter Nordelborte oder Raupenborte wurde denselben Tag noch fertig geliefert. Feine Borten, Plüschfiguren wurden mit Messer auf den Stuhl geschritten, deren Ranten mit Bogenabschluß und Masstreifen abgehoben, und in Metzagen von 60—80 Meter in einigen Tagen geliefert, dabei mit prächtiger Sauberkeit und Akkuratheit der Ausführung. Dieser Betrieb stand darin auf seiner höchsten Höhe und wurde von den Kollegen nicht umsonst der Zirkus Deiters genannt. Das heißt die Herren Direktoren dieses Instituts können mit ihrer Kunst keiner Nahe den Buckel krümmen machen. Sie konnten sich nur durch ihre jahrelang geschulten Arbeitskräfte das leisten auf Kosten ihrer Gesundheit. Wurden sie durch die Schustererkränkung, so konnten sie ja in die Welt hinaus gehen, von dort entlassen konnte es von neuem losgehen, und zwar für den herrlichen Höchstlohn von 49—52 Pf. die Stunde, das ist der dortige Marktpreis. Wer nicht wollte, konnte verhungern. Alt und Jung haben sich zusammengerafft, um diesen Zuständen ein Ende zu machen. So sind unsere Kollegen in den Lohnkampf hineingetrieben worden, in einen Kampf um nackte Leben für sich und die Ihrigen, in einen Kampf auf Leben und Tod. Die 4—5 Meister dort spielen mit 30—40 Arbeitseigenen. Leider sind die Verhältnisse in der Branche derart, daß ihnen dies zu gelingen droht, wenn nicht die Kollegen allerorts sich aufrufen und den Kampf zu ihrer eigenen Sache machen. Wie in Celle, so hätte es allerorts geschehen müssen; ist es nicht ein Urding, als Verbandkollege ruhig Streikarbeit zu machen, während die Kollegen in Köln vollständig verbluten? Des halb lasse sich kein Kollege mehr nach Köln loden!

Ausland.

Oesterreich. Der Streik der Wiener Wirker und deren Geplirerinnen dauert nun 20 Wochen und wird auf beiden Seiten mit aller Schärfe weitergeführt. Wir haben im letzten Bericht bekanntgegeben, unter welchen Bedingungen die Herren Scharfmacher den Streikenden die Arbeit erlaubt haben, daß aber die Gehilfen und Gehilfinnen ein derartiges Angebot ablehnten. Heute sind sie noch begehrlischer, sie verlangen die Aufgabe des Streikes und Aufnahme der Arbeit in allen Betrieben gleichmäßig, natürlich nur, um sich diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen ausfinden zu können, die ihnen genehm sind. Bemerkenswert muß hier werden, daß die Streikbrecher nicht entlassen werden dürfen, laut Beschluß einer Vollversammlung der Unternehmer. Daß dieser Beschluß geeignet ist, keinen Frieden in der Branche werden zu lassen, ist klar. Der Beschluß zeigt aber auch klar und deutlich, daß die Scharfmacher mit allen Mitteln arbeiten, um unsere Organisation, die ihnen schon lange ein Dorn im Auge ist, zu zerkleinern. Ihr Herr Scharfmacher, gebt Euch keine Mühe, es gelingt Euch nicht. „Einer für alle, alle für einen“, ist unsere Devise.

Alle Gründe, welche die Unternehmer ins Feld führen, unsere Forderung nicht erfüllen zu können, sind gefallen! In dem Momente, wo wir auf den Samstag-11hr-Schluß beschließen und denjenigen der Weber und Chenilledreher akzeptierten, nämlich mit 1/4 Uhr nachmittags. Trotzdem beharren die Unternehmer auf ihrem prozigen Standpunkt. Ja, noch mehr, sie verbieten denjenigen Arbeitgebern, welche eine Einigung mit den Gehilfen erzielen möchten, überhaupt zu verhandeln. Sie verlangen eben, daß sich die Streikenden bedingungslos unterwerfen sollen. Noch einmal soll es gesagt werden, dieser Fall wird nie eintreten. Wenn die Gehilfen nach einem so langen Kampfe von ihrer Hauptforderung: dem Samstag-11hr-Schluß, abgegangen sind und dem 1/4-11hr-Schluß zustimmen, waren andere Gründe maßgebend als Mutlosigkeit, und die Herren Scharfmacher mit dem Herrn Herrdegen an der Spitze, werden sich nie brüsten können, einen Sieg über die Wirker errungen zu haben. Dies begreifen die Mehrzahl der Unternehmer nicht, welche immer mit einem gewissen Pathos erklären: „Herr in meiner Fabrik bin ich“, die sich aber von einigen Scharfmachern am Gängelbande führen lassen. Sehen sie denn nicht ein, daß sie nur die Burgen für diese sein sollen? Heute wird das Defizit, welches sie haben werden, noch nicht erschüttert sein, aber wenn nach Jahresfrist jeder einzelne die Bilanz ziehen wird, und so mancher von ihnen über verlorene Kundenschaften jammern wird, dann mögen sie sich bei ihren Scharfmachern und dem Herrn Herrdegen bedanken, denen sie heute den Rücken decken.

Die Streikenden sind trotz der 20wöchigen Dauer dieses Kampfes frohen Mutes und suchen sich andere Erzielen zu gründen oder abzureifen und sich anderwärts Arbeit zu suchen, wie die vergangene Woche gezeigt hat, wo eine Anzahl Genossen Wien verlassen hat. Weitere werden diesem Beispiel folgen. Zugut ist streng fernzuhalten. Ortsgruppe der Wirker.

Aus der Bewegung in anderen Berufen. Deutsches Reich.

Neue Differenzen im Baugewerbe. Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat an die Zentralverbände des Maurer- und Zimmererverbandes des baugewerblichen Hilfsarbeiterverbandes und des christlichen Bauarbeiterverbandes ein Protestschreiben folgenden Inhalts gefandt:

„Aus vielen Orten geht uns die Nachricht zu, daß entgegen den Entscheidungen des Schiedsgerichts in Dresden die Arbeit seitens der Arbeitnehmer nicht wieder aufgenommen worden ist. Vielfach sind die Arbeitswilligen absichtlich und gewaltsam zurückgehalten worden. An verschiedenen Orten ist sogar der Streik verhängt. Wir ersuchen Sie, die Ihnen angehörenden Organisationen anzuweisen, den Entscheidungen des Schiedsgerichts sofort Folge zu leisten. Wir verlangen, daß nunmehr spätestens am Montag, den 27. d. M. die Arbeit überall aufgenommen wird.“

Der Bundesvorstand fordert seine Ortsverbände auf, bis Montag, den 27. d. M., mittags 12 Uhr telegraphisch zu berichten, ob in ihrem Vertriebsgebiet die Arbeit in vollem Umfange aufgenommen worden ist. Sollte sich aus dem Telegramm ergeben, daß das in den einzelnen Gebieten noch nicht der Fall ist, so wird zu Donnerstag, den 30. Juni d. J. eine außerordentliche Hauptversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Halle a. S. einberufen, die weitere Maßnahmen zu beschließen haben wird. Der Bundesvorstand weist seine Ortsverbände an, bevor die Arbeit nicht allgemein aufgenommen ist, darf in örtliche Verhandlungen nicht eingetreten werden, auch dort nicht, wo die Arbeit aufgenommen ist. Danach scheinen sich neue Komplikationen zu entwickeln, die den endgültigen Frieden im Baugewerbe wieder in Frage stellen.

Der letzte Satz im Zirkular ist übrigens eine offenbare Aufforderung zum Verstoß gegen den Dresdener Schiedspruch. Denn nach Wiederaufnahme der Arbeit sollen die örtlichen Verhandlungen beginnen und müssen diese bis spätestens zum 15. Juli erledigt sein. Was werden zu einem derartigen Verhalten der obersten Leitung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe die Unparteiischen, Geheimrat Dr. Wiedersheim, Gerichtsdirektor Dr. Brenner und Oberbürgermeister Dr. Beutler sagen?

Aus den Gewerkschaften.

Der Zentralverband der Tapezierer im Jahre 1909. Der kürzlich erschienenen Jahresabrechnung des Tapeziererverbandes entnehmen wir, daß der Verband sich recht günstig weiter entwickelt hat. Die Mitgliederzahl ist zwar um ein geringes zurückgegangen, von 8275 auf 8253 im Jahresdurchschnitt, doch ist im ersten Quartal 1910 bereits eine erhebliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder betrug am Quartalschluß bereits 8741 und dürfte zur Zeit das neunte Tausend erreicht sein. An Eintrittsgeld vereinnahmte der Verband im Jahre 1909 1658,50 Mk., an Beiträgen 192 125,34 Mk.; inklusive sonstiger Einnahmen, Zinsen usw. betrug die Gesamteinnahme 268 470,97 Mk. Davon kommt der Kassenbestand aus dem Jahre 1908 mit 69 983,89 Mk. An Reiseunterstützung wurden 6207,— Mk., Arbeitslosenunterstützung 72 502,31 Mk., Krankenunterstützung 11 250,40 Mk., Sterbegeld 3369,— Mk., Streikunterstützung 10 493,76 Mk. sonstige Unterstützungen 1799,15 Mk. ausbezahlt. Der Verband mußte während der Krise seine Hauptaufgabe, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, etwas zurückstellen. Während im Jahre 1907 für 4356 Kollegen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2,30 Mk. pro Woche und für 2488 eine anderthalbtägige Arbeitszeitverlängerung pro Woche erkämpft werden konnte, wurde im Jahre 1909 nur für 1278 eine Lohnerhöhung von 1894,— Mk. und für 145 eine Arbeitszeitverlängerung von 296 Stunden pro Woche erzielt. Im Jahre 1910 fand der Verband bereits wieder in 22 Städten in Lohnbewegungen, an denen rund 4000 Mitglieder beteiligt waren. Daß die Arbeitslosigkeit unter den Tapezierern selbst im Frühjahr 1910 noch sehr groß war, beweist, daß von den 8741 Mitgliedern noch 2963 zusammen 64 129 Tage arbeitslos waren. Trotzdem die Lage des Wirtschaftsmarktes sich im allgemeinen etwas gebessert hat, ist davon im Tapezierergewerbe noch nicht viel zu merken. Trotz dieser schwierigen Verhältnisse hat der Verband seinen Mitgliedern einen kräftigen Rückhalt im Wirtschaftsleben und er ist durchaus befähigt, seine großen Aufgaben für die Berufsangehörigen zu erfüllen.

Aus Handel und Industrie.

Die deutschen Aktiengesellschaften im 1. Vierteljahr 1910. Nach den Ermittlungen des kaiserlichen Statistischen Amtes auf Grund der Bekanntmachungen der Gerichte im „Reichsanzeiger“ wurden im 1. Vierteljahr 1910 39 Aktiengesellschaften, darunter 2 Kommanditgesellschaften auf Aktien, mit einem nominellen Aktienkapital von 46,13 Millionen Mark, neu gegründet. Von den 39 Gesellschaften wurden 9 mit 14,32 Millionen Mark Aktienkapital unter Einbringung bestehender Unternehmungen gegründet; für die Sacheinlagen bei diesen Umwandlungen wurden 12,26 Millionen Mark in Aktien gewährt. Bemerkenswert sei, daß nur diejenigen Sacheinlagen sich feststellen lassen, die unter Beobachtung der Schutzvorschrift des § 186, Abs. 2, Handelsgesetzbuchs eingebracht werden. Kapitalerhöhungen erfolgten im 1. Vierteljahr 1910 bei 79 Gesellschaften um 123,36 Millionen Mark, während 17 Gesellschaften Kapitalherabsetzungen um 13,48 Millionen Mark vornahmen.

Konkursstatistik. Nach der vorläufigen Mitteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes zur Konkursstatistik gelangten im ersten Vierteljahr 1910 im Deutschen Reich 2883 neue Konkurse zur Zählung, gegen 3221 im 1. Vierteljahr 1909. Es wurden 614 Anträge auf Konkursöffnung wegen Massenausgangs abgewiesen und 2269 Konkursverfahren eröffnet; von letzteren hatte in 1346 Fällen der Gemeinschuldner die Konkursöffnung beantragt. Beendet wurden im 1. Vierteljahr 1910: 1948 (1. Vierteljahr 1909: 2046) Konkursverfahren, und zwar durch Schlußverteilung 1319, durch Zwangsvergleich 409, infolge allgemeiner Einwilligung 50 und wegen Massenausgangs 170. In 875 beendeten Konkursverfahren war ein Gläubigerauschuß bestellt. Von den 2883 neuen und den 1948 beendeten Konkursverfahren betrafen:

Table with 2 columns: Category and Count. Rows include: Natürliche Personen (2090), Nachlässe (533), Handelsgesellschaften (120), Genossenschaften (24), andere Gemeinschuldner (116).

Aus Unternehmertreffen.

Generalversammlung der Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen. In der unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Herrn Dr. Zöphel, Leipzig, am 13. Juni in Dresden abgehaltenen, von Industriellen aller Branchen zahlreich besuchten Generalversammlung der Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitsentstellungen erbat Herr Direktor Grüninger, Deuben, den Geschäftsbericht über das vergangene Geschäftsjahr, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Mitgliederzahl umfaßt danach jetzt ziemlich 1800 industrielle Betriebe mit einer Lohnsumme von ungefähr 170 Mill. Mk. Die finanziellen Mittel der Gesellschaft sind als sehr erheblich zu bezeichnen. Die bisherigen Ausschußmitglieder wurden insgesamt wiedergewählt. Einige Satzungsänderungen, die vom Reichstagsabgeordneten Herrn Dr. Stresemann eingehend begründet wurden, fanden einstimmig Annahme. Es wurde weiter bekannt gegeben, daß der Verband Sächsischer Industrieller einen Gegenständigkeitsvertrag mit dem Verband Thüringischer Industrieller abgeschlossen hat, wonach dessen Mitgliedern das Recht zum Beitritt zur Gesellschaft gewährt

wird. Herr Dr. Stappf, Syndikus des Thüringer Verbandes, hielt in der im Anschluß an die Generalversammlung abgehaltenen öffentlichen Versammlung einen interessanten Vortrag über „Die Wirkung der Gewerkschaftspolitik auf die Leistungsfähigkeit des Arbeiters und Unternehmers“, der zu einer anregenden Debatte in der Versammlung Veranlassung gab. Unsere Mitglieder mögen aus diesem Bericht ersehen, welche Anstrengungen die Unternehmer machen, um die Arbeiter nicht auf eine höhere Lebensstufe kommen zu lassen. Das muß Erlebkraft genug abgeben, um die Agitation mit größter Lebhaftigkeit zu betreiben.

Berichte aus Fachreisen.

M.-Glabach-Rheint. Unsere Generalversammlung findet nicht, wie bekannt gemacht worden ist, am 3. Juli, sondern am Montag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Peters, Gladbacher und Blumenstraße-Ed., statt. Das Lokal liegt im Mittelpunkt beider Städte. Es wird deshalb dringend erwartet, daß die Mitglieder sich zahlreich einfinden. Auf der Tagesordnung steht außer dem Kassenbericht die Verichterstattung vom Verbandstage.

Greifenhagen i. Pommern. Am 23. Juni d. J. waren die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tauberwerke und Wandsfadenfabrik (Bremer Akt.-Ges.) zum ersten Male zu einer Versammlung zusammenberufen worden. Leider waren nur wenige dem Ruf gefolgt. Nachdem Kollege R. Frauuböse-Berlin den Erschienenen die Notwendigkeit der Organisation auseinandergesetzt hatte, ließ sich ein kleiner Teil in die Organisation aufnehmen und man konnte infolgedessen eine Zahlstelle unseres Verbandes konstituieren. Öffentlich werden dieselben festgehalten an der Organisation und durch ein solches Beispiel weitere Kollegen an sich ziehen. Ueber die Abhaltung der regelmäßigen Mitgliederversammlungen wird in der nächsten Versammlung beraten.

Grüna. Am Sonnabend voriger Woche hielt die hiesige Filiale des Textilarbeiterverbandes ihre regelmäßige Versammlung im Kühners Restaurant in Mittelbach ab. Die Versammlung war gut besucht. Zunächst berichtete Kollege J. über die Chemnitzer Konferenz in ausführlicher Weise. Nach längerer Diskussion hierüber wurde bekannt gegeben, daß die in der letzten Versammlung beschlossene Partie am 17. Juli nach Park Herrenheide unternommen werden soll. Sie ist mit einem Kängchen verbunden. Abfahrt mittags 1/2 2 Uhr vom Bahnhof Ober-Grüna. Es wird einer recht zahlreichen Beteiligung der Mitglieder und ihrer Frauen entgegengeesehen. Musik wird mitgenommen. Unter „Allgemeines“ wurde scharf der Indifferentismus der Mittelbacher Textilarbeiter der Organisation gegenüber getadelt. Es sind dort nur ganze 13 Mann organisiert. Scharf wurde auch gerügt, daß selbst sozialdemokratische Gemeindevorsteher es nicht für notwendig halten der Gewerkschaft beizutreten. Dann brauche man sich nicht zu wundern, wenn man bei Aufforderung an die Indifferenten, sich zu organisieren, die Antwort bekommt: „Mögen sich erst die Gemeindevorsteher organisieren!“ Arbeiter von Mittelbach, das muß anders werden! Jeder Arbeiter ist es seiner Familie schuldig, sich in dieser Zeit der Spannung zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum seiner Berufsorganisation anzuschließen, damit er, wenn Arbeitslosigkeit oder Krankheit über ihn hereinbricht, gesichert ist. Und da bitten wir die Genossen in Mittelbach, die im Gemeindevorstand sitzen und noch nicht organisiert sind, mit gutem Beispiel voranzugehen und sich schleunigst zum Verbands ihres Berufs zu melden. Die nächste Filialversammlung findet am 9. Juli bei Schönsteins in Grüna statt.

Saun (Rheinland). Branchenversammlung der Plüsch- und Teppichweber. In Verfolg der Geraer Konferenz fand am Mittwoch, den 22. Juni, eine Versammlung der Arbeiter obiger Branche statt. Kollege Köhnen als Delegierter erstattete Bericht über den Verlauf der Konferenz, an den sich eine lebhafteste Diskussion anknüpfte. Um bis auf die Konferenz angenommenen Resolutionspunkte praktisch zu verfahren, wurde eine Kommission gewählt, welche die im Sinne der Resolutionspunkte notwendigen Arbeiten und Sammlungen auszuführen hat. Eine heftige, die Gemüter bewegende Debatte rief der zweite Punkt: „Allgemeine Verhältnisse“, hervor. Wenn auch die hiesigen Verhältnisse schon lange zur Kritik herausgefordert haben, so beschränken wir uns für heute auf die Erscheinungen und Vorurteile innerhalb der Kollegenchaft des Betriebes Wesenbruch. (Die Verhältnisse bei der Firma Daus u. Deiker in Wöswinkel-Muse sollen in einem späteren Artikel behandelt werden; ebenfalls die so traurigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Handweber.) Als es uns vor zwei Jahren gelang, in dem Betriebe der Firma Wesenbruch Fuß zu fassen, konnten wir nach kurzer Zeit konstatieren, daß der ausgestreute Samen günstigen Boden gefunden hatte. In kurzer Zeit schlossen sich sämtliche dort beschäftigten Kollegen dem Verbands an. Es gelang uns auch, nach öfterem Verhandeln mit dem Inhaber wesentliche Verbesserungen für die Kollegen herauszuholen. In letzter Zeit mehren sich jetzt die Anzeichen, die als Verbandsmüdigkeit bezeichnet werden können. Geringfügige Sachen werden zum Anlaß genommen, um auf wenig taktvoller Weise dem Verbands den Rücken zu kehren, um — dieses ist das Empfinden der Verwaltung — nach oben wieder gut angekreidet zu sein. Kollegen! Dieses darf so nicht weitergehen! Ein Jahr so weiter und unter noch schlechteren Verhältnissen wie früher werdet Ihr gezwungen sein, zu vegetieren. Eine Kommission von 5 Kollegen wurde beauftragt, die ausgeschiedenen Kollegen in ihren Wohnungen aufzusuchen und dieselben von dem Verfaßten ihrer Handlungsweise zu überzeugen. Sie sollen dem Verbands erhalten bleiben, damit man später, bei besserem Geschäftsgange, geschlossen gegen das — leider — besser organisierte Unternehmertum ankämpfen kann, um Verbesserungen für die Arbeiter zu erringen. Mit dem Hinweis: unsere nächste außerordentliche Mitgliederversammlung für sämtliche Bezirke, welche Sonnabend, den 16. Juli, bei Ramms stattfindet, zahlreich zu besuchen, schloß die anregend verlaufene Versammlung.

Lambrecht. (Situationsbericht.) Wenn man den Textilarbeiter zur Hand nimmt und die Monatsrevue durchfließt, so kann man überall durchschnittlich eine Besserung der Geschäftslage erkennen. Leider trifft dies auf Lambrecht nicht zu, ja geradezu das Gegenteil ist hier der Fall. Arbeiten doch drei Fabriken schon 1 1/2 Jahr mit verkürzter Arbeitszeit. Dennoch müssen aber die Weber und Spinner oft noch 2—3 Tage in der Woche auf Material warten. Aber trotzdem können es auswärtige Kollegen (hauptsächlich seien hier die Nachener genannt) nicht unterlassen, hier Arbeit zu nehmen, obwohl sie doch hierdurch den hiesigen Webern indirekt ihre Lage erschweren. Die Behandlung der hiesigen Arbeiter von seiten der Meister wie Arbeitgeber läßt auch viel zu wünschen übrig; namentlich von den Firmen S. Wobong und Firma Walsinger gehen beständige Klagen aus. Ueber die Verteilung der Ketten wird stets Klage geführt. Arbeiterausschüsse sind wohl in jeder Fabrik eingeführt, werden auch zuweilen von den Herren Fabrikanten zur Besprechung borgehalten, die Vereinbarungen aber, soweit sie eine Verbesserung der Lage der Verhältnisse der Arbeiter herbeiführen sollen, bleiben gewöhnlich nur leere Worte. Die auswärtigen Kollegen werden also einsehen, daß sie unter diesen Umständen Lambrecht fernbleiben müssen.

Sindelfingen. Wir sehen uns genötigt, infolge fortwährender Differenzen bei der Firma Zook u. Minhardt, Arminsterrpeppichweberei, diesen Betrieb einmal in der Öffentlichkeit zu besprechen. Die Firma ist fortwährend bemüht, aus Sachfen und Oesterreich Arbeiter heranzuziehen, unter dem Vorzeichen dauernder Beschäftigung und gutlohnender Arbeit, die im Betrieb befindlichen Arbeiter werden aufs Pfaster gesetzt. Sind nun die fremden Arbeiter eine Zeitlang hier, müssen sie einsehen, daß das ihnen Versprochene nicht voll eingehalten wird. Macht nun ein Arbeiter darüber absällige Äußerungen, so wird ihm erklärt, er könne hingehen wo er hergekommen ist usw. Weiter wurde einem Arbeiter, der eine Entschädigung für Verarbeitung von schlechtem Material verlangte, gesagt, er werde die Entschädigung bekommen, aber in vierzehn Tagen könne er aufhören. Auf diese Weise schneidet sich das

Unternehmen selber den Zugang von Arbeitskräften ab, denn wer kann unter solchen Umständen Lust haben, nach Sindelfingen in Arbeit zu gehen.

Reichenbach. Zur Frage der Lohnbewegung für die Arbeiter der hiesigen Webereibetriebe nahm eine am 15. Juni im Gasthaus zum „Schwarzen Bär“ tagende Versammlung Stellung. Gauleiter Fritsch legte den Anwesenden noch einmal die Ursache und Notwendigkeit dieses Lohnkampfes und seines bisherigen Verlaufes klar. Es sei jetzt alles getan worden von seiten der Organisationsleitung, um eine möglichst friedliche Verständigung herbeizuführen, aber ohne Erfolg. Es bleibe nun nur noch der Kampf. Wenn man noch vor Pfingsten geglaubt habe, durch Vermittlung des Herrn Gewerberats Köpfer werde das Schiedsgericht wieder neu gewählt werden und auf diesem Wege vielleicht eine gütliche Verständigung in der Lohnfrage herbeigeführt werden, so habe man sich auch darin leider getäuscht. Bei einer Unterredung, die Kollege Drieschner am 3. Juni mit Herrn Gewerberat Köpfer betriebs der Schiedsgerichtsfrage hatte, sei demselben mitgeteilt worden, daß sich die vereinigten Webereibesitzer in einem Schreiben an Herrn Gewerberat Köpfer im entgegengegesetzten Sinne geäußert hätten. In demselben sei niedergelegt, daß die vereinigten Webereibesitzer keinen Wert mehr auf die Neuwahl sowie das Fortbestehen des Schiedsgerichts legen. Nachdem sich die Unternehmer des hiesigen Bezirks zu einer Ortsgruppe Bezirk Reichenbach des Zentralverbandes schließlicher Textilindustrieller zusammengeschlossen hätten, hätten solche Sonderorganisationen für einen Ort oder einzelne Unternehmer keinen Zweck mehr. (Als ob sich das Schiedsgericht nicht auch für den ganzen Bezirk erweitern ließe.) Es sei auch deshalb kein Wert darauf zu legen, weil dem Schiedsgericht laut seinen Satzungen in Lohnfragen kein Entscheidungsrecht zustehe. (Wozu man denn das jetzt erst und läßt sich da auch nichts ändern?) Es sind das alles recht billige, aber sehr fadenscheinige Ausreden. Auch die Arbeiter selbst sollen zu wenig Wert auf diese Institution gelegt haben. Was die Lohnfrage anbetreffe, so seien sie — die Unternehmer — jetzt bei dem schlechten Geschäftsgang zu Lohn-erhöhungen nicht in der Lage. Sie sähen aber auch keine Notwendigkeit dazu, Lohnzulagen machen zu müssen. Nach alledem erscheine es nun fast als ausgeschlossen, daß für die Zukunft durch friedliche Verhandlungen von den hiesigen vereinigten Webereibesitzern etwas herausgeholt werden könne. Eine Notwendigkeit, Lohnzulagen zu machen, erblickten sie wahrscheinlich deshalb nicht, weil, wie sie sich bereits selbst äußerten, es nicht alle Arbeiter sind, die Lohnhöhungen wollen oder wünschen. Es müsse deshalb nun unermüßlich weiter gearbeitet werden, um auch die uns noch Fernstehenden zu gewinnen, denn der Kampf werde nunmehr den Gülen-gebirgswebern nicht erspart bleiben. Eine rühmliche Ausnahme habe von den hiesigen Firmeninhabern Herr Fabrikbesitzer Wehl gemacht, der anstandslos mit den Organisationsvertretern, Kollegen Fritsch und Drieschner, verhandelt habe. Allerdings seien auch dort momentan Lohnzulagen nicht gemacht worden, es wurde aber das feste Versprechen abgegeben, daß die Firma, sobald der Geschäftsgang ein besserer werde, auf Grund des eingereichten Tarifs mit den genannten Organisationsvertretern verhandeln und nach Möglichkeit entgegenkommen werde. Nach Lage der Sache, denn der Geschäftsgang sei jetzt in der Baumwollbranche gerade kein günstiger zu nennen, sei es wohl nun ratsam, vorsichtig zu sein; an ein Niederlegen der Arbeit könne momentan nicht gedacht werden. Es müsse vielmehr ein günstiger Zeitpunkt zur Weiterführung des Kampfes ausgesucht werden, damit wir nicht als die Unterlegenen aus dem Kampfe hervorgehen und den Kampf somit umsonst gekämpft hätten. Auf alle Fälle sollen aber die Forderungen in ihrer eingereichten Form voll und ganz bestehen bleiben, denn die Lage der Arbeiterschaft hat sich infolge der Finanzreform derartig zu ihren Ungunsten verschoben, daß auf alle Fälle für eine Verbesserung gekämpft werden muß. Es sei deshalb nun aber notwendig, nun mit doppeltem Eifer weiter zu rüsten und die noch vorhandenen Lücken unseres Heeres auszufüllen, damit wir dann um so sicherer unsere gerechten Forderungen zur Durchführung bringen können. — Nach einer längeren Debatte, welche sich voll und ganz im Sinne dieses Referats bewegte und bei welcher einzelne Kollegen betonten, daß es den Unternehmern nur ganz erwünscht sein würde, wenn jetzt bei dem schlechten oder doch wenigstens schleppenden Geschäftsgang in einen Streik eingetreten würde, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die heut am 15. Juni 1910 im Gasthaus zum „Schwarzen Bär“ versammelten Webereiarbeiter und -Arbeiterinnen Reichenbachs nehmen Kenntnis von dem bisherigen ablehnenden Verhalten der Reichenbacher vereinigten Webereibesitzer betreffs der gestellten Lohnforderungen.

Sie sind der Ueberzeugung, daß, nachdem die Neuwahl des Schiedsgerichts von den vereinigten Webereibesitzern abgelehnt worden ist, eine friedliche Verständigung nun vollständig ausgeschlossen erscheint, und daß nur noch der Kampf entscheiden kann; denn die gewaltige Erhöhung aller notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel machen es der Arbeiterschaft zur Pflicht, an den gestellten Forderungen festzuhalten.

In Erwägung, daß der Geschäftsgang momentan noch ein nicht gerade günstiger zu nennen ist, behalten sich die Versammelten den Zeitpunkt vor, den sie für geeignet halten, ihre gerechten Forderungen um so sicherer zur Durchführung zu bringen.

Um nun diese, für die hiesigen Webereiarbeiter und ihre Familien so unbedingt notwendige Verbesserung ihrer wirtschaftlich schlechten Lage mit Erfolg durchführen zu können, versprechen die Versammelten, diese Spanne Zeit noch gründlich zur weiteren Stärkung unserer Organisation, des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter, auszunutzen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln und Kräften an der Werbung neuer Mitglieder mitwirken zu wollen.

Nach Annahme dieser Resolution und nach einem Schlußwort, in welchem zur unermüßlichen weiteren regen Mitarbeit aufgefordert wurde, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Reichenbacher Lohnbewegung und den Zentralverband deutscher Textilarbeiter, in welches alle Anwesenden begeistert einstimmten, geschlossen. — In unserer Lohnbewegung ist jetzt gewissermaßen ein Waffenstillstand eingetreten. Da gilt es, noch einmal gründlich die Truppen zu sichten und unsere Waffen zu prüfen und zu schärfen. Jetzt gilt es noch einmal erst recht, in eine ganz intensive Agitation für unsere Lohnbewegung einzutreten, um auch die uns noch Fernstehenden zu gewinnen. Denn inzwischen werden wohl auch die unorganisierten Arbeiter Reichenbachs eingesehen haben, daß es einer Organisation, und zwar einer starken, kampffähigen bedarf, um bessere Zustände für die hiesigen Textilarbeiter zu schaffen. Gatten vor Eintritt in die Lohnbewegung eine ganze Anzahl geglaubt (denn diesen Gedanken hörten wir nur zu oft ausgesprochen), sie brauchten sich nicht erst organisieren, denn die Unternehmer haben jetzt selbst eingesehen, daß die Arbeiter mit ihrem Lohne nicht mehr auskommen, und sie werden deshalb freiwillig Zulagen machen, es werde also nicht erst zu einem Kampfe kommen brauchen, so sehen sich auch diese Leute jetzt darin gründlich getäuscht. Sie müssen nun einsehen lernen, was wir ihnen als organisierte Arbeiter schon immer gesagt haben, daß das Kapital gutwillig nichts von seinem Gewinne hergibt, sondern, daß jeder Fußbreit Menschen- und Erbsengerecht ihnen erst in schwerem Kampfe abgerungen werden muß. Es ist dies der ununterbrochene Kampf, der sich zwischen Kapital und Arbeit abspielt, das Ringen der Unterdrückten und Entrechteten um ihre Menschenrechte. Die uns noch Fernstehenden wollen und müßten dies nun auch endlich einmal einsehen und mit uns gemeinsam bis dahin verfahren, unsere Organisation, den Zentralverband deutscher Textilarbeiter, zu stärken, zu ihrem eigenen und zum Wohle ihrer Mitarbeiter. (Zugung bis dahin nach Reichenbach fernzuhalten.)

Berichtigung.

Der in letzter Nummer enthaltene Aufruf an die Seiler Deutschlands enthält einen groben Fehler. Es soll bei der Berechnung für Jute nicht 100 Kilogramm, sondern 50 Kilogramm heißen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 3. Juli, ist der 26. Wochenbeitrag fällig.

Geschäftsführer gesucht!

Für die Filiale Gera wird zum baldigen Antritt ein zweiter Geschäftsführer gesucht. Kollegen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftlichen, rechnerischen und rednerischen Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift: „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Süß, Berlin O. 27, Andreasstr. 61, II, einzureichen. Zeugnisse und dergl. sind nur in Abschrift beizufügen. Die Beitragsklasse ist anzugeben; auch seit wann in die angegebene Klasse gezahlt wird. Bedingung mindestens dreijährige politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit. Gehalt: 1600 Mk. pro Jahr; steigend um jährlich 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2200 Mk. Mit Bewerbern, welche bereits in Verbandsdienst stehen, werden ev. die Lohnverhältnisse besonders geregelt.

Geschäftsführer-Gesuch!

Für die Filiale Sora wird zum Antritt per 1. Oktober 1910 ein Geschäftsführer gesucht. Kollegen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftlichen, rechnerischen und rednerischen Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift: „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Süß, Berlin O. 27, Andreasstr. 61, II, einzureichen. Zeugnisse und dergl. sind nur in Abschrift beizufügen. Die Beitragsklasse ist anzugeben; auch seit wann in die angegebene Klasse gezahlt wird. Bedingung: mindestens dreijährige politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit. Gehalt: 1600 Mk. pro Jahr; steigend um jährlich 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2200 Mk. Mit Bewerbern, welche bereits im Verbandsdienst stehen, werden ev. die Lohnverhältnisse besonders geregelt.

Der Vorstand.

Ortsverwaltungen.

Adressenänderungen.

Burg bei Magdeburg. V. Otto Pieper, Lüdersdorfer Straße 3.

Neu gegründet:

Gau Brandenburg. Greifenhagen i. Pommern. K. Paul Ute, Greifenhagen, Kleine Mühlenstr. 156. Gau Sachsen-Anhalt. Ostrik. Ab 1. Juli ist meine Adresse: Frauenstr. 227 I. Robert Dungal.

Bocholt. Alle Zuschriften und sonstige Sendungen, auch solche den Kassierer betreffend, sind vom 1. Juli an bis auf weiteres nur an den 1. Vorsitzenden: Karl Fritsch, Bocholt, Bienenhorsterweg Nr. 210/25, zu richten. Dasselbst werden auch alle Unterstufungen ausgezahlt. Der Vorstand der Filiale Bocholt.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Chemnitz. Am 24. Juni Gertraud Bernhardt, 24 Jahre alt — Herzleiden. Gunwalde. Am 21. Juni Marie Müffiggang — Lungenleiden. Greiz. Am 20. Juni Lina Jahn, 37 Jahre alt — Darmverschluss. Ragenberg (Neuß). Am 25. Juni Anna Jahn, 29 Jahre alt — Rheumatismus und Herzleiden. Langenbiewau. Am 24. Juni Hermann Pfizner, 35 Jahre alt — Lungen- und Kehlkopf tuberkulose. Wittgensdorf-Gerrenhaide. Ernst Arthur Ahner, 24 Jahre alt — Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

- Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.) In Streit oder Aussperrung befinden sich: Seilerarbeiter und Arbeiterinnen in: Grohn bei Bege (Bremer Tauwerkfabrik). Fösumm a. Rh. Baumwollspinner in: Krefeld. Baumwollspinner und Weber in: Bahreuth (Baumwollspinnerei und -Weberei). Weber und Färber in: Serford (Kne Meyer u. Co.). Zutearbeiter in: Brandenburg a. S. (Deutsche Fein-Zute-spinnerei). Einzigerinnen in: Hünningen (Seidenweberei Wdo.). Zutearbeiterinnen in: Schiffbel. Wirker in: Wien. In Bewegung ohne Streit befinden sich: Weber und Weberinnen in: Reichenbach i. SchL. (sämtliche Webereien). M.-Glabach-Rhehdt (Krüchen, Buntweberei. Kammgarnwebereien Hans u. Kaufmann). Landeshut i. SchL. Zeppich- und Plüschweber in: Wehr i. Baden (Raiflin u. Kupp). Kammgarnspinner in: M.-Glabach. Zutearbeiter in: Ostrik (Zuteweberei, Gustav Heinrich). Delmenhorst (Ganseatische Zute-spinnerei und Weberei). Eticker in: Plauen i. V. Seidenweber und -färber in: Hünningen (sämtliche Betriebe).

Baumwollbleicher und -Wäscher in:

Rutenplüsch- und Moquetteweber in:

Mülheim a. Rh. (Christoph Andrae).

Aus verschiedenen anderen Gründen ist Zugang fernzuhalten von der Seidenweberei von Ferd. Meyer in Badisch-Heinfelden; Färberei und Appretur Schübe und Leube in Untermaus bei Gera; Gattorf; Fahr, Piefer, Schaab u. Scholder; München, Posamenten-firma Christian Wed; Krefeld; Löbau, Weberei von Aug. Römer; Zittau, Färberei von F. A. Bernhardt; Lengenfeld im Vogtlande, Mechanische Baumwoll-spinnerei; Tiengen (Baden), Weberei Honneger; Baumwollspinnerei und Weberei Lauffen-mühle, Unterlauchringen; Duisburg, Weberei von Otto Wöninger; Sebnitz, Weberei von W. Winkler; Rhehdt, Handweberei von F. Junfers; Pulsnitz in Sachsen, Färberei von Alwin Schulz. Friedrich Schäfer, Griesheim a. M.; Bocholt, Spinnerei, Note Erde; Anklam (Hannover), Seilerei von Bergmann. Celle (Hannover): Posamentenfabrik von Stummeyer.

Von Norischach (St. Gallen) ist in die dortige Schiffli- und Automatenfärberei Feldmühle, Firma Moriz Schönfeld, A.-G., infolge wiederholter Maßregelungen und Unterdrückung der Organisation, aller Zugang von Arbeitskräften fernzuhalten.

Von Wien, C. M. Chwallas Söhne, Samtfärberei, -Schereerei und -Appretur, ist Zugang fernzuhalten.

Von Basel, Firma Clavel u. Lindenmeier, Färberei und Appretur, A.-G., ist wegen Nichtanerkennung der Organisation der Seidenbruder Zugang fernzuhalten.

Versammlungskalender.

- Altenburg. Sonnabend, 9. Juli, im „Gewerkschaftsheim Rautenfranz“. Berlin. Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5—9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17: Zahltag. Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—9 Uhr, bei Loheim, Neue Jakobstr. 26: Zahltag. Berlin. (Sektion der Delateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Raabe, Neue Jakobstr., Ecke Inselstr. Zahltag. Berlin. (Sektion Weigensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Lehderstraße: Zahltag. Berlin. (Sektion der Eticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Efte, Wallstr. 22—33. Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Gohlfowkschstr. 24, bei Paschke. Berlin. (Für den Norden.) Zahlstelle: Brunnenstr. 79, bei R. Döhling. Bielefeld. Freitag, 8. Juli, bei Hannemann, Webereistr. 5. Burg. Dienstag, 12. Juli. Coesfeld. Sonnabend (Samstag), 9. Juli, bei Grote, Ruppertstraße. Ebersbach. Sonnabend (Samstag), 2. Juli, abends 7½ Uhr, in der „Traube“. Füssen. Jeden Zahltagsonnabend, abends 7 Uhr in der „Traube“. Gornsdorf mit Meinersdorf. Sonnabend, 9. Juli, im Gasthof zu Gornsdorf. Gähnitz. Sonnabend, 9. Juli. Gröna i. Sa. Sonnabend, 9. Juli, abends 8½, in Schönsteins Restaurant. Kitzingen. Montag, 11. Juli, im „Greifen“. Langenlitz. Sonnabend, 9. Juli, abends 8½ Uhr, im „Schloßkeller“. Leisnig. Freitag, 8. Juli, bei Heide („Neue Sorge“). Liegnitz. Sonnabend, 9. Juli, abends 8½ Uhr. Markisch. Montag, 11. Juli, abends 8½ Uhr, im Bureau: Bertrauensmännerleitung. Mülau-Neustadt. Sonnabend, 2. Juli, abends 8½ Uhr, im „Bayerischen Hof“ in Neustadt. Niederschönweide. Jeden Sonnabend von 5 Uhr nachmittags an bei O. Neumann, Grünauerstr. 5: Zahltag. Nowawes. Jeden Freitag, abends von 8—9 Uhr, bei Siemke, Wallstraße: Zahltag. Nürnberg. Dienstag, 12. Juli. Reichenbach i. B. Freitag, 8. Juli, im „Gasthof zur Neuen Welt“. Ronsdorf-Kennep. Sonntag, 10. Juli, vorm. 9 Uhr, bei Fritz Wehle, Kölnnerstr. 57. Rothwein. Sonnabend, 9. Juli, im „Sächsischen Hof“. Salach. Sonnabend (Samstag), 9. Juli, abends 8 Uhr, bei Bühler, Witwe. Sommerfeld. Dienstag, 12. Juli, abends 8½ Uhr, im „Kurfürsten“. Wesen bei Lindau. Sonntag, 10. Juli, im Gasthaus Stehle (Bach), oberes Lokal. Weihenburg i. B. Sonnabend (Samstag), 9. Juli. Wittstock a. D. Montag, 11. Juli, abends 8½ Uhr, bei Brotmann. Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig.

Quittung.

Von der Sammlung für die Arbeitslosen zur Zeit der Generalversammlung sind 8,90 Mk. den streikenden Posamentierern in Köln zur Unterstützung überwiesen worden. Mag Czuchl.

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Kirchberg.

Dem Kollegen Gustav Zwahr rufen wir bei seinem Fortzug aus Kirchberg ein „Lebe wohl!“ zu und wünschen ihm auf seinem neuen Arbeitsfeld die besten Erfolge. Mitgliedschaft Kirchberg.

Filiale Glandau.

Der Ausflug nach Jena findet Sonntag, den 17. Juli statt. Abfahrt früh 6 Uhr 44 Min. Die Kollegen und Kolleginnen, welche sich hieran beteiligen, wollen dies bei den Unterlassierten melden. Der Vorstand.

Ich hab's! Die beste mediz. Seife zur Herstellung und Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Aussehens, einer weißen, sammetweichen Haut, eines reinen, blendend schönen Teints, sowie gegen Sommersprossen und alle Hautunreinigkeiten ist unbedingt nur die allein echte Steckenpferd-Lilienmilch-Seife. Vorrätig à Stück 50 Pfg. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien. Redaktionschluss für die nächste Nummer Montag, den 4. Juli. Verlag: Karl Süß. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Bagener. Druck: Bornwärdts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.